

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

erschient wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherer.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststr. 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8892.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** Exemplaren  
erschient diese Ztg.

### Kapital und Wissenschaft.

Bs. Man weiß es längst, daß das Kapital, genau wie es sich die Herrschaft über die Handarbeit angemacht hat, sich auch als den geborenen Herrscher über die Geistesarbeit betrachtet. Es kommandiert die Männer der Wissenschaft mit derselben Rücksichtslosigkeit, wie es die Proletarier von der schwieligen Faust kommandiert. Ihm gilt alles, mag es sich mit der Kraft der Muskeln oder mit der Kraft des Hirnes betätigen, nur als Mittel, Mehrwert zu erzeugen, dem Profit zu dienen, zur Größe und zum Ruhm des Kapitalismus beizutragen. Gewiß, der Mammon umgibt sich gerne mit dem Scheine der Bildungsfreundlichkeit, er tut, als ob er eine ungeheure Achtung vor der Wissenschaft habe. Das geschieht zum Teile des guten Aussehens wegen; die bloße Eigenschaft des Besitzes macht nach außen keinen guten Eindruck, deshalb paart man sie mit der „Bildung“, wenn diese Bildung auch in weiter nichts besteht, als daß man seinen Salon mit einigen teuren Bildern behängt, daß man gelegentlich einen Professor von Ruf zu Tisch ladet und den Herrn Sohn einige Semester zur Universität schickt, wo er durch reichliches Gelbgeben den väterlichen Kredit mehren hilft. Zum Teil aber geschieht es aus wohlberednetem Interesse. Der Kapitalismus in seiner modernen Gestalt kann die Wissenschaft: Technik, Physik, Chemie, Mathematik u. s. w. nicht entbehren, der kapitalistische Betrieb von heute ist ja fast nur angewandte Naturwissenschaft. Da versteht es sich, daß in eigenem wohlverstandenen Vorteil der Kapitalismus diese Zweige der Wissenschaft fördert, daß er die technischen Hochschulen, die naturwissenschaftlichen Institute an den Universitäten auf die Höhe bringt, daß er für die Heranbildung eines in diesen Zweigen leistungsfähigen Nachwuchses sorgt, daß er die Forscher und Erfinder auf diesem Gebiete ehrt und sie mit guten Gehältern in seinen Dienst zieht. Das ist weiter nicht verwunderlich, sondern selbstverständlich. Aber es ist nicht die Wissenschaft, die der Kapitalismus in den technischen Erfindungen und den Forschern und Denkern ehrt, denn dann müßte ihm die Wissenschaft, die Bringerin der Wahrheit, in jeder Gestalt und auf jedem Gebiete teuer und heilig sein; es ist der Erfolg, den diese besondere Art von Wissenschaft als Mittel zur Mehrung des Profits bedeutet; der Erfolg, der sich zur Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes, zur Vereinfachung der Arbeitsmethode, zur Verbilligung des Produktionsprozesses verwenden läßt; der Erfolg, der sich in Mark und Pfennigen berechnen und sich zu Millionen und Milliarden häufen läßt. Gegenüber der Wissenschaft, die nicht diesem Erfolge dient, verhält sich der Kapitalismus höchst gleichgültig und sollte gar die Wissenschaft sich einfallen lassen, auch nur den leinsten Zweifel zu äußern an der Herrlichkeit und Ewigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an dem unerschütterlichen Unternehmerrrecht auf unbeschränkte Ausbeutung der Arbeitskraft anderer, dann zeigt sich, wessen der getränkte Kapitalismus fähig ist. Hohn und Spott ergießt er, wenn's gnädig abgeht, auf die angeblich vom Leben und seinen Bedürfnissen abschweifende Wissenschaft und die Herren Professoren, die sich aus der Wirklichkeit in die blauen Gefilde weltverbessernder und menscheiterrettender Schwärmerei verlieren; kommt's aber schlimmer, dann gilt dem Kapitalismus der Mann der Wissenschaft als ein Umstürzler, ein Staatsfeind, ein Volks- und Jugendverführer, der gemäßregelt und außer Brot gesetzt zu werden verdient — wie ein unbotmäßiger Arbeiter.

In der Rolle des gutgelaunten Spötters zeigt sich in einer ihrer letzten Nummern die Deutsche Arbeit „geber“-Zeitung. Mit der höhnischen Überschrift: „Die Herren Professoren“ bringt sie einen Artikel, worin zunächst versichert wird, daß niemand größere Achtung vor der Wissenschaft habe, als der deutsche Arbeit „geber“, denn unschätzbar seien die Verdienste, die die Wissenschaft sich um die Entwicklung der Naturerkenntnis und die technische Anwendung der Naturgesetze erworben habe. Sicher aber gebe es eine gewisse, hauptsächlich von Kathedern Männern vertretene Richtung der Wissenschaft, die aus prinzipiellen Gründen bekämpft werden müsse, und zwar nicht am wenigsten deshalb, weil man die Bedeutung des Gelehrtenstandes so außerordentlich hoch einschätze:

„Die Professoren in Ehren, solange sie ihr eigenes und eigenes Gebiet bearbeiten! Aber wehe, wenn sie losgelassen in dem Gefühl ihrer geistigen Superiorität, auf andere, ihnen weniger bekannte Gebiete übergreifen, um auch hier vom Lehrstuhl der Unfehlbarkeit ihre Weisheit zu verkünden.“

vorgeführt, der jüngst auf dem in Weimar abgehaltenen „Tag für deutsche Erziehung“ einen Vortrag gehalten und dabei folgendes bemerkt hat:

„Eine falsche Ansicht ist es, daß junge Leute, die aus schwierigen Verhältnissen, einer entbehrungsreichen Kindheit und Armut kommen, die einen großen Teil der Energie dazu haben hergeben müssen, um sich „über Wasser zu halten“, ganz Hervorragendes leisten müßten, da sie für das Leben „gestählt“ seien. . . . Das Gegenteil ist die Regel. Sie verdienen gewiß alle Anerkennung, aber als Männer der Wissenschaft haben sie selten etwas Hervorragendes geleistet; ihre Willenskraft und Energie ist frühzeitig absorbiert. Es sind meist äußerst tüchtige Menschen geworden, aber nicht übermäßig produktiv. Auf der anderen Seite haben Leute aus den höchsten Ständen, die niemals Not kannten, ebenfalls selten etwas geleistet. Die meisten und tüchtigsten Männer gehen aus den mittleren Ständen hervor, die in ruhigem Gleichmaß, ihren individuellen Bedürfnissen und Anlagen entsprechend leben. Eine sach- und regelmäßige Pflege der Energie ist die Hauptfrage zu einer harmonischen Ausbildung.“

Die Deutsche Arbeit „geber“-Zeitung ist erstaunt, aus dem Munde eines Vertreters der exakten Wissenschaften solche Äußerungen zu hören und Professor Döwald muß sich die niederschmetternde Frage gefallen lassen, ob ihm denn die zahlreichen Beispiele nicht bekannt sind, in denen sich aus den niedersten Volksschichten, aus der größten Not und Armut Männer zu großem Besitz herausgearbeitet haben, ob er in der Geschichte so schlecht bewandert sei, um nicht zu wissen, daß fast die Mehrzahl der Pioniere der Technik aus den ärmlichsten Verhältnissen hervorgegangen sei — worauf dann das Blatt mit einer Anzahl von Erfindernamen aufwartet, deren Träger mit Not und Entbehrung zu kämpfen hatten. Wir zweifeln nun nicht, daß dem Professor Döwald so gut wie dem Gelehrten der Arbeit „geber“-Zeitung die Namen und die Schicksale der Männer bekannt sind, die, in kleinen und ärmlichen Verhältnissen geboren, als Erfinder bedeutende Entdeckungen gemacht haben. Aber Professor Döwald wird sich wie jeder Verständige gefast haben: wenn diese Männer geniale Werke geschaffen haben, so haben sie es vollbracht trotz, aber nicht wegen der mißlichen Verhältnisse, in denen sie zu leben gezwungen waren, und das halbe oder ganze Dutzend dieser Männer, die sich über ein Jahrhundert und mehr verteilen, zählt nichts gegenüber den tausenden und abertausenden, deren Anlagen und Fähigkeiten in der Not des Lebens erstickt, deren Gedanken und Pläne im Kampfe ums tägliche Brot vernichtet worden sind. Man braucht kein Gelehrter wie Professor Döwald zu sein, man braucht nur einigermaßen das Leben und die Menschen zu kennen und die Augen zu öffnen gegenüber den Vorgängen um sich herum, und es wird sich einem die Erfahrung aufdrängen, daß nur beim Fernbleiben materieller Not, nur bei der Möglichkeit, die Kräfte des Körpers und des Geistes voll ausreifen zu lassen, der Mensch zu hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Technik, der Wissenschaft und der Kunst befähigt ist — unbeschadet der einzelnen anders gelegenen Fälle, die als Ausnahme nur die Regel bestätigen. Not und Elend unterdrückt die geistige Schwungkraft, wo andererseits der Überfluß, der zu Wohlleben führt, sie lähmt, und deshalb hat Professor Döwald tausendmal recht, wenn er sagt, daß jene Lage des Lebens die tüchtigsten Männer erzeuge, die ein Dasein in ruhigem Gleichmaß und den individuellen Bedürfnissen und Anlagen entsprechend gestalte.

Natürlich ist das nicht nach dem Sinne derer, die von einer Ordnung profitieren, bei der die Gesellschaft in eine besitzende Minderheit und eine besitzlose, zur Ausbeutung durch jene bestimmte Masse zerfällt. Deshalb muß sich Professor Döwald von der Deutschen Arbeit „geber“-Zeitung sogar sagen lassen, daß er auf dem Holzwege ist, daß die „nivellierende Mittellage mit ihrem stabilen Gleichgewicht in Wahrheit den Tod aller Entwicklung bedeutet, und daß es nur Leben und Fortschritt gibt, wenn auf der einen Seite der höchste Gewinn lockt, auf der anderen Not und Entbehrung drohen“. Um zum Beweise, daß seine Ansicht nicht nur verkehrt, sondern auch gefährlich ist, wird Professor Döwald zu Gemüte geführt, daß sich die sozialistische Presse seiner Ausführungen bemächtigt und für den Sozialismus, der jedem ein beförmliches Dasein und das Ausleben seiner geistigen Kräfte sichern will, ins Feld geführt hat. Nun, der Sozialismus brauchte die Argumente des Professors Döwald nicht, um die Verwerflichkeit des Kapitalismus zu erkennen und ihn zu bekämpfen. Immerhin heißen wir die Mithilfe der Wissenschaft gern willkommen. Im Gegensatz zum Kapitalismus, der die Wissenschaft schätzt und unterdrückt, je nachdem sie seinen Interessen dient oder schadet, schätzen und fördern wir die Wissenschaft in jeder Gestalt, weil der Sozialismus auf allen Wegen mit der Wissenschaft einig geht, weil der Sozialismus die auf alle Gebiete des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens angewandte Wissenschaft selber ist.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Es ist ein Gesetz der Zufall und Gespenster: Wo sie herein-geschüpft, da müssen sie hinaus. Was nach Goethes Mephisto für den Teufel gilt, soll nach Meinung der Börse auch auf die Krise zutreffen. Von Amerika nahm die Krise ihren Ausgang, das Ende des internationalen Konjunkturrückganges soll daher eintreten, wenn die Krise in Amerika weicht. So falsch die Auffassung ist, daß Deutschland sich noch heute einer ungekrühten Hochkonjunktur zu erfreuen hätte, wenn der Knoch in Amerika nicht so gewaltig im vergangenen Herbst hereinbrochen wäre, — der den Rückgang bei uns nur verteilte, nicht aber hervorrief, — so zutreffend ist es, daß eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in Amerika der Belebung der deutschen Märkte eine wirksame Stütze bieten würde. Nun sollen sich die Anzeichen mehren, daß besonders in der amerikanischen Eisenindustrie sich eine Entwicklung zur Besserung andeutet. Manche der glänzendsten Schilberungen, die uns über die unburchsichtigen amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen übermittelt werden, fragen: den Stempel der Übertreibung an der Stirn, indes ist wahrscheinlich, daß der Tiefstand überwunden ist. Bis zu einem merkbaren Aufstiege ist der Weg aber noch weit, die Versicherung der Spekulation, daß schon in einigen Wochen Amerika wieder ein Bild blühender Konjunktur bieten wird, ist verdächtig.

Der deutsche Stahlwerksverband will hinter dem amerikanischen Stahltrust in der Ankündigung nahender Besserung nicht zurückbleiben, er läßt verkünden, daß durch seine in der Mitte des Monats Juni getroffene Maßnahme, bei Abschüssen für Halbzeug, die bis zum 15. Juli zur Abnahme im Laufe des dritten Quartals erfolgen, eine Preisermäßigung von 5 Mark für die Tonne zu gewähren, der Eingang von Aufträgen lebhafter geworden sei, daß fernerhin eine allgemaine Besserung konstatiert werden könne. Der letzten Behauptung wird man vorerst Zweifel entgegen bringen müssen, der lebhaftere Einlauf von Bestellungen ist bisher nicht auf einen stärkeren Bedarf zurückzuführen, sondern lediglich auf das Bestreben der Verbraucher, von der Preisermäßigung, die nur bis zum 15. Juli zugestanden ist, zu profitieren. Eher ist die Annahme berechtigt, daß Aufträge jetzt den Verbrauchern abgedrängt wurden, die sich sonst auf die Zeit bis zum 1. Oktober gleichmäßig verteilt hätten. Die Juni-ausweise machen keinen vertrauenerweckenden Eindruck, an ihren Zahlen ist nicht weniger als die angeblich so nahe bevorstehende Besserung wahrzunehmen. Von dem Stahlwerksverband entfallen auf Halbzeug 98056 gegen 114599 Tonnen im Mai, auf Eisenbahnmaterial 165196 gegen 162913 im Vormonat, auf Formeisen 115109 gegen 137343 Tonnen im Mai. Der erneut erhebliche Rückgang wird von dem Syndikat auf die Feiertage und die in der zweiten Hälfte des Monats stattgefundenen Inventurarbeiten der Verbrauchwerke sowohl wie der Verbraucher zurückgeführt. Diese Erklärung ist wenig ausreichend, denn auch im Vorjahre haben in der gleichen Zeit Inventuraufnahmen stattgefunden. In der Zeit von Oktober 1907 bis Juni 1908 wurde vom Stahlwerksverband in Produkten A 3.579.597 Tonnen versandt gegen 4.366.469 Tonnen von Oktober 1906 bis Juni 1907. Der Rückgang des Verbandes in dieser Zeit beträgt etwa 700 000 Tonnen und veranschaulicht die Lage der Eisenindustrie.

Die Roheisenproduktion Deutschlands im Juni zeigt gleichfalls sowohl gegenüber dem Vormonat wie gegenüber dem Juni des Vorjahres einen starken Rückgang. Die Produktion betrug im Juni 956.425 Tonnen, im Mai 1.010.917, im Juni 1907 1.044.336 Tonnen.

Die Unkunst der Situation in der Siegerländer Eisenindustrie kommt von neuem darin zum Ausdruck, daß das Eisensteinsyndikat eine Förderungsbeschränkung von 50 Prozent beschlossen hat, nachdem geraume Zeit hindurch mit einer Einschränkung von 20 Prozent gearbeitet wurde.

Die seit Monaten geführten Verhandlungen zwischen den Zinkhütten haben zur Gründung eines deutschen Zinksyndikates geführt. Die Verständigung zwischen den deutschen Zinkhütten ist auf keine sonderlichen Schwierigkeiten gestoßen, der Kreis der Interessenten ist hier sehr eng, die einzelnen Werte der ober-schlesischen Zinkindustrie haben zum Teil in einer innigen Verbindung, auch an der rheinisch-westfälischen Industrie sind nur wenige Großunternehmungen beteiligt, die gleichfalls untereinander längst verflochten waren. An Roßhain und Zinkstaud produzierten im

	1907	1906
Hohenloherwerke Akt.-Ges.	35,354	34,389
(davon auf den Ispacht-Schaffgötschischen Werken)	(12,821)	(12,698)
Schlesische Akt.-Ges. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb	31,256	30,749
Bergwerksgesellschaft Georg von Siesches Erben	28,547	27,799
Gräf. Hugo, Lutz, Arthur Händel v. Donnermarsche Werke	21,173	20,976
Ober-schlesische Zinkhütten-Akt.-Ges. Rattowitz (bis 1904 S. Roth)	14,706	14,191
Fürst Guido Händel v. Donnermarsche Werke	8,578	8,804
Ober-schlesische Eisenindustrie-Akt.-Ges.	1,781	1,867
Stollberger Zinkhütten	26,334	26,029
Rheinisch-Westfälische Bergw.-Ges.	12,016	11,958
Märtyisch-Westfälischer Bergw.-Ver.	5,735	6,440
Bergelins	5,139	5,680

Die Bergbau-Aktionsgesellschaft Friedrichsagen, die bisher nur Zinkerze produzierte, wird für die nächste Zeit gleichfalls an der Zinkproduktion beteiligt sein, sie beschloß die Erbauung einer Zinkhütte, die gegen 5000 Tonnen Zinkerze verhütten soll. Größere Bedeutung wird die Gründung des Zinkhüttenverbandes erst erlangen können, wenn eine Verständigung mit den ausländischen Gruppen, in erster Reihe mit den belgischen

Als ein solcher Mann, der sich berufen fühlt, über alle Dinge und noch einige mehr, vor allem aber über das „unerschöpfliche Gebiet der sozialen Frage dilettantisch mitzureden“, wird nun der Naturforscher Professor Döwald

### Metallarbeiterverhältnisse in Preußen.

II.

Auch Arbeiterinnen werden ungeeignete Maschinen zugewiesen. So wird aus dem Bezirk Erlau berichtet, daß die Bedienung von Gießmaschinen in Blechwerkstätten leider in immer größerem Umfang Arbeiterinnen übertragen wird, die infolge größerer Unachtsamkeit leichter Unfälle an solchen Maschinen erleiden als Männer.

Die meisten Ausschichtsbeamten berichten über den Arbeiterwechsel sowie seine Ursachen und seinen Umfang. In Berlin wurde er durch die ungünstige Geschäftslage in den einzelnen Betrieben stark gesteigert. Er sei in Berlin an sich schon sehr bedeutend, weil er durch die Mannigfaltigkeit der Arbeitsgelegenheit und durch das hohe Zusammenliegen der Betriebe sehr begünstigt wird. So kommt es, daß die Zahl der jährlich ausscheidenden Arbeiter in vielen Anlagen das mehrfache der durchschnittlich Beschäftigten erreicht. Beispielsweise traten in einer Blechwarenfabrik mit 110 Arbeitern im Laufe des Jahres 560 aus, in einer Schraubenfabrik mit 250 Arbeitern sogar 2500 u. s. w. Der Arbeiterwechsel ist naturgemäß am größten in den Betrieben der Saisonindustrie, ferner in den Betrieben, in denen vorwiegend ungelernete Arbeiter beschäftigt werden. Demgegenüber herrscht in den Gewerbetrieben mit vornehmlich gelernten Arbeitern im Durchschnitt eine große Stetigkeit des Arbeitsverhältnisses. Hierzu gehören insbesondere die Betriebe der Feinmechanik, wie Musikinstrumenten- und Nähmaschinenfabriken, ferner die lithographischen Kunstinstitute, Glasmoselfabriken und Gobelwebereien. In bezuglichen Anlagen wird stets eine größere Zahl von Arbeitern angetrossen, die 10, 15, 25 Jahre und noch länger dort tätig sind. In einer Nähmaschinenfabrik mit 600 Arbeitern haben 350 seit zehn Jahren und 40 seit 25 Jahren nicht gewechselt. Eine Fabrik für Musikinstrumente mit der gleichen Zahl von Arbeitern zählte darunter 300, die länger als zehn Jahre und 80, die über 25 Jahre ununterbrochen dort beschäftigt sind. In einer Apparatenbauanstalt endlich befanden sich unter den 800 Arbeitern 330, die über zehn Jahre, 180, die mehr als 15 Jahre und 70, die über 20 Jahre dort tätig sind; 27 von ihnen sind über 25 Jahre und 18 länger als 30 Jahre an derselben Stelle. „Allerdings werden in solchen Betrieben auch die höchsten Löhne bezahlt und wird in ihnen auch meist noch in anderer Weise, wie durch regelmäßige Gewährung von Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes, Bewilligung von Jahresprämien, bemessen nach dem Dienstalter, durch Einrichtung von Pensions- und Unterstützungskassen, Stellungen u. s. w., in erhöhtem Maße für das Wohl der Angestellten gesorgt.“ Diese Wohlfahrtsmaßnahmen vermögen erfahrungsgemäß nur ältere Arbeiter anzuziehen und festzuhalten; die jüngeren Arbeiter beurteilen sie sehr skeptisch und legen ihnen keinen Wert bei, so daß sie sich durch sie auch nicht bestimmen lassen, auf eine bessere Stelle in einem anderen Betrieb zu verzichten.

Zutreffend ist dazu der Berliner Ausschichtsbeamte ferner aus, daß neben den durch die Art des Gewerbes begründeten Verschleidenheiten die Ursache des geringeren oder stärkeren Arbeiterwechsels häufig auch in der Beschaffenheit der Arbeitsräume und Betriebsbedingungen sowie in dem persönlichen Verhalten der Unternehmer, Betriebsleiter und Meister liege. Die Arbeiterchaft sieht immer mehr darauf, daß die Arbeitsstätten geräumig, hell und gut gelüftet sind und daß auch die Nebenanlagen, wie Aborte, Wasch-, Umklei- und Aufenthaltsräume den Anforderungen der Neuzeit entsprechen. Gerade die brauchbarsten Arbeiter wechseln aus diesen Gründen häufig ihre Arbeitsstellen und finden heutzutage meist auch sehr bald andere Betriebsstätten, in denen ihren Wünschen besser Rechnung getragen wird.

Wir möchten diese Darstellung besonders dringend der Deutschen Arbeiterzeitung zur Beachtung empfehlen, die vor einiger Zeit mit ihrer bündeltesten Arroganz den häufigen Arbeiterwechsel förmlich als einen Programmpunkt der Sozialdemokratie hinstellte, als die Frucht sozialdemokratischer Verheißung und Unfriedensstiftung. Der Schachmattwahn macht für alle Uebel in der Welt die Sozialdemokratie verantwortlich.

Weiter wird im Bericht darauf aufmerksam gemacht, daß auch die persönlichen Eigenschaften der Arbeiter in dieser Hinsicht eine Rolle spielen. Wie die Erfahrung lehrt, sind im allgemeinen die weiblischen Arbeitsträger zu einem Wechsel der Arbeitsstelle mehr geneigt als die männlichen. Zum Teil rührt dies daher, daß viele Arbeiterinnen eine ununterbrochene anstrengende Tätigkeit nicht betreiben und sich schon aus diesem Grunde genötigt sehen, ihre Beschäftigung an anderer Stelle zeitweise oder dauernd aufzugeben. Sie noch höherem Maße als das Geschlecht wirkt hierbei aber das Alter der Arbeiter mit. Die übergroße Unpäßlichkeit der jüngeren Elemente ist geradezu ein Uebelstand geworden, über den in allen Gewerbezweigen und auch von den älteren Arbeitern selbst bei jeder Gelegenheit lebhaft geklagt wird.

Endlich haben in den letzten Jahren auch die zahlreichen Ausfälle und Ausparatungen einen wesentlichen Einfluß auf den Arbeiterwechsel ausgeübt. Im Zusammenhang hiermit hat auch wieder eine lebhaftere Agitation dahin gewirkt, daß in einzelnen Betrieben, ja selbst in ganzen Gewerbezweigen, wochen- und jahrelang in der Arbeiterchaft eine größere Beständigkeit nicht wieder Boden finden konnte.

Unter den gleichen Gesichtspunkten wird die Frage auch in anderen Bezirken behandelt. Dem Düsseldorfener Bericht ist die Feststellung zu entnehmen, daß alle Gewerbe mit lokal beständigem Produktionshause und mit zahlreichen, gut ausgebildeten Spezialarbeitern, wie zum Beispiel die Solinger Stahlwarenfabriken, die Schmalzgeräthfabriken, die Lemmerer Zellen- und Schiffschiffschiffen einen verhältnismäßig schonenden Arbeiterwechsel aufweisen, von 2,60 Prozent bis zu 5,05 Prozent. Dagegen ergibt sich für die Schloßerei ein einziger großer Hinderungsgrund des Duisburger Bezirkes ein Wechsel von 13,40 Prozent. Der hohe Wechsel wird hier auf die große Zahl ausländischer Arbeiter zurückgeführt, die als Tagelöhner und Plazarbeiter verwendet werden. In den Stahlwerken beträgt der Wechsel 5,72 Prozent, in den Holzwerken 7,1 Prozent. Herbstgeheben sei der hier angeführte Grund für den häufigeren Arbeiterwechsel bei den ledigen Arbeitern, daß der jüngere Arbeiter in der Regel empfindlicher gegenüber der Behandlung durch die Vorgesetzten und schneller bereit ist, einen anderen Betrieb aufzusuchen. Die Unternehmer beschreiben dann die jüngeren Arbeiter, die sich die Brutalität und Gemeinheiten von Vorgesetzten nicht gefallen lassen, als „graue Jungens“ und „zuchtlose Jungs“, während ihr Verhalten gerade das Gegenteil davon, moralische Empfindlichkeit und Charakterfestigkeit, behauptet. Uebrigens lag es auch bei älteren Arbeitern die höchste Behandlung durch rote Vorgesetzte je länger je weniger mehr gefallen.

Derzeitwert ist auch der Hinweis des Düsseldorfener Gewerbeberichts auf die höhere Einschätzung der Unternehmer durch den häufigen Arbeiterwechsel, der in der Regel einen Kassen- an Ertragsumsatz nach Menge und Güte und somit wirtschaftliche Nachteile zur Folge hat. Aber auch die Schäden, die namentlich für die verheirateten Arbeiter aus dem häufigen Arbeiterwechsel resultieren, werden hervorzuheben.

Ergänzend erwähnt er, was die Ausschichtsbeamten in dieser Frage

zu tun vermögen und er findet die Möglichkeit darin, daß auf Arbeitervereine in der Umdeutung und Umgestaltung des Betriebs im weitesten Maße und mit allem Nachdruck hingewirkt und durch entsprechende Umgestaltung des Betriebs im Hinblick auf Art und Dauer der Beschäftigung unternehmerten werden kann. Nach dem Zutreffen der Arbeiterchaft überläßt die Bemerkung der Lohnbestimmungsstellen und die Vererbung oder Ererbung von Gütern in den Arbeiterfamilien können in diesem Sinne einen günstigen Einfluß ausüben.

Von außerordentlich großen Arbeiterwechsel wird aus dem Arnberger Bezirk berichtet, wo in den großen Eisen- und Stahlwerken die Arbeiter bis zu 135 Prozent der Gesamtarbeiterchaft wechselten. Einem dieser Werke, das durchschnittlich 6000 Arbeiter beschäftigt, habe in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis zum 30. September 1907 eine Abgangsziffer von 7606 und eine Zugangsziffer von 7980 zu verzeichnen. Ein gleichartiges Wert im Bochumer Bezirk konnte mitteilen, daß der Prozentfuß der Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle wechselten, seit den letzten Jahren von 43 auf 57 Prozent im Berichtsjahr gestiegen sei und gerade dieses Wert verlegt über einen großen Stamm alter Arbeiter, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß dort bis jetzt 1282 Arbeiter ihr 25-jähriges Dienstjubiläum feiern konnten. Ein Drahtwerk des Westfälischen Bezirkes hatte bei gleichbleibender Belegschaft von rund 890 Arbeitern im Jahre 1906 einen Abgang von 875, dagegen im Jahre 1907 einen solchen von 750 Arbeitern. „Einige Werke haben mit Erfolg Prämien eingeführt, um dem willkürlichen Wechsel und dem starken Arbeiterwechsel zu begegnen. Ein Röhrenwalzwerk zahlt bei mindestens einjähriger Beschäftigungsbauer am Schlusse des Jahres 8 Prozent des Jahreslohnes als Prämie, bei mindestens dreijähriger Beschäftigung erhöht sich die Prämie auf 4 Prozent.“

Durch diese unbillig kapitalistisch-demagogischen Lockmittelchen kann der Arbeiter nicht dauernd festgehalten werden, denn nur der Stumpfsinn könnte dadurch über sonst unbestehende Arbeits- und Lohnverhältnisse hinweggetäuscht werden. Solche waren offenbar auch die Ursache des starken Wechsels der Stahlwerksarbeiter im oben angeführten Falle. Betriebe mit guten Lohnverhältnissen, kurzer Arbeitszeit, rechten Maschinen und Einrichtungen sowie unabhängiger Behandlung der Arbeiter haben gewiß immer genügende und leistungsfähige Arbeitskräfte.

### Aus Dänemark.

Der dänische Schmie- und Maschinenbauer-Verband hielt in den ersten Tagen des Juli seinen 11. Verbandstag in Kopenhagen ab. Neben den Vertretern der Verbandsinstanzen waren 110 Delegierte erschienen, sowie Vertreter der Bruderorganisationen in Deutschland, Österreich, Norwegen, Schweden, Frankreich und England.

Der Geschäftsbericht für die letzten drei Jahre weist einen vorläufigen Aufschwung der Organisation nach. Die Mitgliederzahl ist von 8000 im Jahre 1905 auf 10200 gestiegen, womit so ziemlich sämtliche organisationsfähigen Schmiede und Maschinenbauer des Landes organisiert sind. Eine Ausnahme bilden noch die Arbeiter in den Staatswerkstätten, die zum Teil noch unorganisiert sind. Eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl ist zwar noch möglich durch eine Verschiebung der Organisationsgrenzen in der Richtung des Industrieverbandes und ein dahingehender Beschluß ist auch von der letzten Generalversammlung angenommen worden.

Die Finanzverhältnisse haben sich in ebenso erfreulicher Weise entwickelt. Am 1. Januar 1906 betrug das Verbandsvermögen 276 705,89 Kronen, am 1. Januar 1908 war dieses Vermögen gestiegen auf 660 611,43 Kronen; davon entfielen 434 850,52 Kronen auf den Streikfonds und 94 082,20 Kronen auf die Arbeitslosenunterstützungskasse. Im weiteren hat der Verband für 10 000 Kronen Aktien in verschiedenen Maschinenfabriken; er ist außerdem Aktienhaber der von den dänischen Gewerkschaften betriebenen Brauerei sowie Teilhaber der Lebensversicherungsgesellschaft der Gewerkschaften (eine im Anschluß an die staatliche Versicherungsanstalt errichtete Institution, die den Zweck hat, die Arbeiter vor der Ausbeutung durch die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften zu schützen).

Dem Verbandstage wurde eine umfangreiche Darstellung der Verbandstätigkeit in den letzten drei Jahren in Buchform unterbreitet. Wir begnügen uns hier mit einigen Angaben aus dem Jahre 1907, da die früheren Zahlen den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung regelmäßig mitgeteilt worden sind. Das Jahr 1907 war der Höhepunkt der diesmaligen Konjunkturperiode der dänischen Eisenindustrie. Eine nicht unbedeutende Tarifbewegung war naturgemäß die Folge, die mit guten Erfolgen für die Arbeiterchaft abgeschlossen werden konnte. Welchen Umfang der korporative Arbeitsvertrag in der dänischen Eisenindustrie heute erlangt hat, geht aus der Tatsache hervor, daß Ende 1907 Tarifverträge abgeschlossen waren mit 645 Betrieben, in denen 6571 Schmiede und Maschinenbauer beschäftigt waren. Davon gehören 359 Betriebe mit 5608 Arbeitern der Unternehmerorganisation an. Der mit diesen im Jahre 1905 abgeschlossene Vertrag läuft bis Februar 1911. Zusammen ist die Zahl der Betriebe und Arbeiter, die eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch nicht zu verzeichnen haben, eine nicht unbedeutende. Für 867 Betriebe mit 3278 Schmieden und Maschinenbauern bestanden keine Tarifverträge. Ob handelt sich hier beziehungsweise um die Kleinbetriebe, während die in den Großbetrieben tätigen Verbandsmitglieder unter tariflich geregelten Verhältnissen arbeiten. Das liegt daran, daß die erwähnte Unternehmerorganisation vornehmlich die Großindustrie repräsentiert. Sie steht auf dem Boden der Tarifverträge und konzentriert ihre ganze Kraft auf die Gestaltung dieser Verträge im Interesse des Unternehmerstandpunktes. Die Arbeiterorganisation hat bei dieser Taktik der Unternehmer einen ungleich stärkeren Stand als da, wo diese die tarifvertragliche Regelung prinzipiell ablehnten, weil jede kleinste Eingriffsdifferenz über die Lohnfrage (in der Hauptsache Arbeitslohn) einen Kampf auf der ganzen Linie zur Folge haben kann.

Lohnbewegungen fanden 1907 statt in 94 Betrieben mit 3013 Arbeitern. Von diesen erreichten 83 Prozent oder 1665 eine Lohn-erhöhung von 2,7 Oere pro Stunde.

Der Prozentfuß der organisierten Schmiede und Maschinenbauer betrug Ende 1907 in Kopenhagen 89 Prozent, in den Provinzstädten Aalborg, Aarhus, Sønderborg, Horsens, Odense, Randers, Esbjerg und Vejle 87 Prozent, und in den übrigen Städten 75 Prozent. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist in den letzten vier Jahren gestiegen um 6 Prozent in Kopenhagen, 9 Prozent in den größeren Provinzstädten und in den kleineren Städten um 8 Prozent.

Der durchschnittliche Stundenlohn im ganzen Lande betrug 1907 ca. 39,2 Oere pro Stunde gegen 37,7 Oere im Jahre 1906 und 36,4 Oere im Jahre 1904. Natürlich ist diese Durchschnittszahl auch nur als durchschnittlicher Maßstab zu betrachten. In Kopenhagen ist der Stundenlohn wesentlich höher als in den kleinen Provinzstädten. Andererseits aber ist zu bemerken, daß die Arbeit, die mehr und mehr durchgeführt wird, einen wesentlich höheren Lohn abwirft, als der garantierte Stundenlohn. Die dem Verbandstage vorgelegte Statistik berechnet diese Steigerung des

französischen Traditionen, jedoch kommt dem Abdruck des internationalen Verbandes seinen trotz der gegenteiligen Behauptungen der deutschen Interessenten nach beträchtliche Hindernisse im Wege zu stehen.

Die in dem vorigen Bericht skizzierte Entwicklung der Metallindustrie beschränkte sich auf die Verleumdung in Kupfer, Blei, Zinn und Zink. Die französische Zeitung weist darauf hin, daß auch andere wichtige Metallarten nicht minder schwer vom Preissturz betroffen worden sind. So namentlich zum Beispiel Antimon, dessen Preis sich, in Anbetracht seiner Verwendung bei der Gießfabrikation, während des russisch-japanischen Krieges und nachher noch auf 400 K. pro 100 Allogramm gehalten hatte, gegenwärtig nur noch 60 K. Quecksilber ist von 8 Pfund Oer. pro Pfunde von 3 1/2 Allogramm auf etwa 7 1/2 Pfund gesunken. Aluminium, das von 250 K. pro 100 Allogramm vom Neuhäuser Werk vermöge seiner monopolartigen Stellung ziemlich rasch bis 400 und 440 K. heraufgesetzt wurde, hat teilweise infolge des Austauschs von Konkurrenz in Frankreich und Italien, einen Preisrückgang erfahren, der das Metall auf 180 bis 190 K. gebracht hat.

Unter den Gründungen der jüngsten Zeit wurde die Verleumdung der Luftfahrzeuggesellschaft mit beschränkter Haftpflicht besonders beachtet. Dieses Unternehmen wurde wenige Tage nach dem Absturzflug des Zeppelinischen Luftschiffes gegründet, es bezweckt die Herstellung von Dextro- und die Verwendung von Luftfahrzeugen. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, Erfindungen zu erwerben und zu verwalten. Der Geh der Gesellschaft ist in Berlin, ihr Stammkapital beträgt 500 000 K. Zu den Anteilnehmern gehören die Motorluftschiff-Gesellschaft, die Allgemeine Weltluftschiffgesellschaft, die Friedrich Krupp-Altkriegsgesellschaft, eine Reihe von Banken und Großindustriellen, darunter auch Hugo Stinnes. Es verläutet von zwei oder drei ähnlichen Gründungen, doch wurden zuverlässige Einzelheiten darüber nicht bekannt. Die Annahme, daß mit der erwähnten Gesellschaftsgründung der Beginn einer Luftschiffbauindustrie eingeleitet wird, dürfte auch durch den letzten Unfall des Luftschiffes des Grafen Zeppelin nicht beeinträchtigt werden.

Die Kapital- und Betriebsvereinigungen erfahren in der Industrie eine fast stillschweigende Fortsetzung. Neuerdings wurde die Gründung verbietet, daß Krupp die Mehrheit der Aktien der Rheinischen Metall- und Maschinenfabrik erworben habe und damit die einzige der dem Kruppmonopol noch im Wege stehende Konkurrenz seiner Herrschaft einberleibe. Die Firma Krupp selbst hat zu diesen Verleichten keine Stellung genommen, einige als Krupporgane bekannte Blätter bestreiten das Gerücht, doch nichtsdestoweniger kann man aus guten Gründen annehmen, daß die Kruppgesellschaft bemüht ist, sich der Rheinischen Metallwarenfabrik zu bemächtigen, die seit der Fabrikation der Ehrhardtischen Rohrzylinderlaufschleife den Kruppeluten stets ein Dorn im Auge gewesen ist.

Als neueste Fusion stellt sich die errichtete Interessengemeinschaft zwischen der Benrather Maschinenfabrik-Altienengesellschaft, der Märkischen Maschinenbauanstalt Ludwig Studenholts Altienengesellschaft in Wetter (Ruhr) und der Duisburger Maschinenbau-Altienengesellschaft vormals Wagem & Fabrikmann in Duisburg dar. Diese drei Gesellschaften faktieren zusammen mehr als die Hälfte der in Deutschland hergestellten Krone. Es handelt sich in diesem Falle nicht um eine lose Interessengemeinschaft, sondern um eine angeordnete Vertiefung der deutschen Kranindustrie. Die Benrather Altienengesellschaft gehört seit Jahren der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Altienengesellschaft, die in Verbindung mit der zu ihr gleichfalls in einer Interessengemeinschaft stehenden Stehner Schmelzfabrik, fast alle Benrather Altien besitzt. In dem Ausschichtsrat der Berlin-Anhaltischen Gesellschaft sitzt unter anderen der Geheim Kommerzienrat Doerne, waraus zu folgern ist, daß der Konzern der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Altienengesellschaft auch in enger Beziehung zur Loewegruppe steht. Bei der neuen Interessengemeinschaft soll jede der drei Gesellschaften äußerlich ihre volle Selbstständigkeit behalten, dagegen werden die noch gleichen Grundstücken zu berechnenden Gewinne zusammengelegt und nach vereinbarten Anteilen verteilt. Als Aufgabe der Interessengemeinschaft wird neben Vereinfachung und Verbilligung der Fabrikation offiziell besonders die gemeinsame Bearbeitung großer Objekte im Ausland angegeben, von der sich die verbundenen Unternehmungen erhebliche Vorteile versprechen. In der Handelsprelle wurde die Veranlassung laut, daß die Kran-Interessengemeinschaft dem mit Erfolg durchgeführten Verleichtenprogramm der Akkumulatoren-Industrie folgen will. Dazu ist schon viel mehr als der Wunsch gemacht.

Stillsch wurden einige Schreiben der kartellierten Elektrizitätsfirmen veröffentlicht, die treffliche Beweise für die schändliche Schmeichelei sind, mit der die verbundenen Unternehmungen den Wettbewerb auferstehender Firmen zu bekämpfen pflegen. So schreiben die Akkumulatorenwerke Witten, die dem Akkumulatorenkartell Berlin-Sagen angehören, an ihre Vertreter: „Die Ihnen bekannt, sind wir seitens der mit uns kartellierten Firmen autorisiert, bei Geschäften, bei denen die Firma S. H. J. einfluß in Frage kommt, über die Ihnen bekannten Kartellbestimmungen hinausgehen. . . . Außerdem ist nach den Kartellbestimmungen festgelegt, daß uns alle diejenigen Geschäfte von den mit uns kartellierten Firmen aufgegeben werden, bei denen Höhe eine auch ohne unsere Konkurrenz in Frage kommt, damit dann diese Geschäfte auch durch unsere Organe entsprechend verfolgt werden, und zwar im Hinblick auf die Anwendung von Kampffaktoren aufeinander.“ Die Akkumulatorenkartell-Altienengesellschaft in Berlin hat an ihre Vertreterinnen und technischen Barrens ein Faltblatt gerichtet, das gleichfalls den Kartellverleichten gegen die Firma Höpfe & Co. betrifft. Es lautet:

„Wir haben in letzter Zeit aus abwechselnd überlappenden Quellen vielfach Mitteilungen erhalten müssen von Kartellen, die an Höpfe & Co. gehen, ohne daß uns von Ihnen Berichte darüber zugekommen wären. Solcherlei Mitteilungen sind uns auch in der Vergangenheit mehrfach zugekommen, ohne daß wir sie als Kartellbestimmungen betrachteten. Wir haben uns deshalb erlaubt, Sie auf Ihre Unternehmungen und Kartellbestimmungen hinzuweisen und Sie dringend zu bitten, viel mehr als je früher alle für den Kartellbestand schädlichen Kartellbestimmungen, ob die Kartellbestimmungen in Frage kommen kann oder nicht, und auch Ihre Organe fortwährend davon anzukündigen. Von allen Kartellbestimmungen, in denen die Kartellbestimmungen nicht oder nur teilweise aufgeführt sind, ist uns untergeordnet Kenntnis zu geben, damit wir das weitere veranlassen können.“

„Dieses Kartellbestimmungen, die zu uns ebenfalls zugekommen sind, sind nicht nur gegen unsere Kartellbestimmungen, sondern gegen die der Kartellbestimmungen, wenn es gilt, aber abgesehen davon, daß die Kartellbestimmungen zu gehen.“

„Solange man die Erde der Erde so viel gibt, wie zur Befriedigung der menschlichen Gier genügt, ist die Befriedigung der Gier.“

Verständnis durch den Vorkontrakt auf durchschnittlich 8 Orte pro Arbeiter und Stunde im ganzen Lande. Die durchschnittliche Erzeugung erreichte sich auf dem weiteren einer bestimmten Woche durchschnittlich 100 Arbeiter. Für die Arbeiter, die diesen Vorkontrakt in der bestimmten Woche ausbezahlt erhielten, ergab der Vorkontrakt eine Steigerung des durchschnittlichen Stundenlohns um 18,9 Cents. Umgerechnet auf alle an der Statistik beteiligten Arbeiter ergibt er aber den obigen Satz von 9 Cents, was natürlich nur eine annähernde Näherung haben kann.

Obwohl einige wesentliche Angaben aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes, zu nennen wäre noch eine Erweiterung der internationalen Beziehungen des Verbandes, indem mit dem schwedischen Arbeiterverband ein neuer Gegenstandsvertrag zum Abschluss gebracht wurde, der eine gegenseitige Streikunterstützung bei gegenseitigen Streiks vorsieht. Dieser Vertrag dürfte der weitestgehende internationale Vertrag in der Gewerkschaftsbewegung sein, der sich mit der Regelung der Streikunterstützung befaßt. Er bestimmt, daß wenn 25 Prozent der Mitglieder eines Verbandes im Kampfe stehen, der andere Verband verpflichtet ist, einen Streikbeitrag zu zahlen, der 33 1/2 Prozent der Beiträge entspricht, die von dem im Kampfe stehenden Verbande von seinen arbeitenden Mitgliedern für diesen Zweck erhoben werden. Der Prozentsatz der im letzten Beitrage erhöht sich mit dem höheren Prozentsatz der im Kampfe verwickelten Mitglieder, also wenn diese 33 1/2 Prozent betragen, erhöht sich der Unterstützungsbeitrag auf 40 Prozent, sind 50 Prozent der Mitglieder eines Verbandes im Kampfe, erhöht sich der Unterstützungsbeitrag des anderen Verbandes auf 60 Prozent, wie oben schon gesagt. Als Grundlage für die Berechnung der Beiträge dient die Mitgliederzahl der kleineren Organisation.

Nach eingehender Debatte wurde dem Vorstande einstimmig Beschlüsse erteilt. Dergleichen wurde der Kassierer, Kollege Johansen, einstimmig entlastet. Aus seinem mündlichen Bericht tragen wir nach, daß in den letzten drei Jahren nicht weniger als 313000 Kronen an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden sind.

Zum Anschluß an den Geschäftsbericht wurde beschlossen, dem Hauptvorstand nach Bedarf die Anstellung von Hilfsarbeitern im Bureau des Vorstandes zu übertragen, da es unumgänglich ist, wie bisher solche Hilfsarbeiterposten durch Wahlen, wie bei leitenden Beamtenposten, zu besetzen.

Ein Antrag auf Errichtung einer Kranenzuschußkasse für die Verbandsmitglieder wurde nach eingehender Debatte dem Standpunkt des Hauptvorstandes entsprechend abgelehnt. Sodann wurde eine Reihe von Anträgen verhandelt, die sich mit dem Ausbau der Arbeitslosenunterstützung über den vom Arbeitslosenversicherungsgesetz gezogenen Rahmen hinaus befaßten. Diese Anträge wurden in der Hauptsache abgelehnt. Beschlüsse wurden, daß die regelmäßige alljährliche Tagung des Verbandsbetrats im Monat Juni anstatt wie bisher im Herbst stattfinden soll.

Ein Antrag auf Gewährung von Sterbegeld an Verbandsmitglieder beim Ableben der Ehefrauen wurde angenommen. Dieses Sterbegeld soll in der Höhe von 50 Kronen nach einjähriger Mitgliedschaft gezahlt werden.

Bezüglich der Werkstätten der Staatsbahnen beschloß der Verbandstag, den Vorstand zu beauftragen, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier genau so unter Mitwirkung des Verbandes und dessen Vorstandes geregelt werden, wie es in den Privatbetrieben geschieht.

Eine wichtige Frage war die der Verkürzung der Arbeitszeit. Die dänische Unternehmerzentrale und besonders die Unternehmerorganisation der Eisenindustrie widersehen sich mit Energie jeder weiteren Verkürzung der Arbeitszeit. Mit Ausnahme des Sonntags soll die Minimumgrenze nicht unter 10 Stunden pro Tag herabgehen. Der Verbandstag beschloß, bei der nächsten Revision des Vertrages mit den Eisenindustriellen im Jahre 1910 eine Vertragsbestimmung zu fordern, die eine Verkürzung der Arbeitszeit sicherstellt. Ein Vertrag ohne eine solche Bestimmung darf nicht angenommen werden, ohne daß vorher ein Verbandstag oder der Verbandsbetrat die Zustimmung erteilt hat. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, die Landeszentrale der dänischen Gewerkschaften dahin zu beeinflussen, daß sie bei erster sich bietender Gelegenheit mit der Unternehmerzentrale Verhandlungen über eine Verkürzung der normalen Arbeitszeit in der dänischen Industrie anzuknüpfen sucht.

Ein Antrag auf vierzehntägige Herausgabe des Verbandsorgans wurde abgelehnt. Dagegen fand eine Resolution einstimmige Annahme, die sich für den Ausbau des Verbandes zum Industrieverband erklärt. Der Vorstand erhielt die Ermächtigung, verwandte Organisationen aufzunehmen, einzuleiten, ob sie nur gelehrte oder auch ungelehrte Arbeiter der Eisenindustrie organisieren. Die Mitglieder solcher überretenden Organisationen werden mit vollen Rechten übernommen, ihre in der bisherigen Organisation also erworbenen Rechte hollaß anerkannt. Dem Vorstande steht das Recht zu, vorkommendenfalls die Statuten nach Bedarf in diesem Sinne abzuändern.

Dem einstimmig zum Verbandsvorsitzenden wiedergewählten Kollegen J. A. Hansen wurde ein Gehalt von 50 Kronen pro Woche, dem Kassierer, Kollegen Johansen und dem Verbandssekretär Lundby pro Woche je 45 Kronen bewilligt. Der nächste Verbandstag findet im Jahre 1911 statt.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen wurde der Verbandstag sodann geschlossen. Es sind besonders die beiden Beschlüsse bezüglich der Errichtung des Industrieverbandes, beziehungsweise Verkürzung der Arbeitszeit, die der nächsten Geschäftsperiode ihre Gepräge aufdrücken werden. Beide sind von größter Bedeutung.

Der Staat ist ein mächtiger Akteur. Und bei manchen Verträgen ist es ihm auch. Denn die (für Verträge der Eisenindustrie) in der Statistik unter Ironist (u.) stehen von den landläufigen Unionen lasten mehr als 100, weil sie einen guten Aufbau, eine gesunde Finanzverwaltung und große finanzielle Erfolge haben. Daneben haben sie auch ein verhältnismäßig ausgedehntes Unternehmertum. Und, was hauptsächlich hervorzuheben verdient, sie haben fast alle 90 Prozent der Berufstätigen in ihren Reihen. Das letztere gilt auch von den Brillestärkern. Undrererseits aber ist bei den Eisenbahnern der freimaurerische Flöderschlag, der Nummernschang am stärksten und der Aberglaube wohl gepflegt. Gegen den Alkohol nehmen sie streng Stellung: „Der Spirituosen Verkauf, wie ausgeführt,“ und „der Gebrauch von alkoholischen Getränken als Getränk ist ein genügender Grund für die Verwerfung des Aufnahmeversuches“, heißt es in den Statuten.

Von den beiden Organisationen der Bergleute ist die eine der A. F. of L. angeschlossen und die andere steht außerhalb derselben. Die erstere, die United Mine Workers, vereinigt die Arbeiter der Kohlenindustrie, die andere, die Western Federation of Miners, die im Erzbergbau Beschäftigten. Die letztere, hauptsächlich in den westlichen Staaten der Union vertreten, zählt zu den besten Gewerkschaften Amerikas. Ein guter Teil ihrer Mitglieder ist sozialistisch gesinnt; ihr Organ zählt zu den besten Gewerkschaftsblättern. Ihre unerschrockene Verfechtung der Arbeiterinteressen hat die ganze kapitalistische Welt, vom Interion bis zum Unternehmern, vom Westen bis zum Präzidenten, gegen sie mobil gemacht. Zu ihrer Vernichtung bietet das Verbrechertum in Handschuhen Galgen, Dynamit und Melneld auf. Zum Glück umsonst. Der im vorigen Jahre gemachte Versuch, die drei Beamten der Organisation und damit diese an den Galgen zu bringen, ist dem Ausschertum mißlungen, dank der Erhebung der Arbeiterklasse.

Nun mag es scheinen — und es ist das auch zuweilen von weniger Eingeweihten angenommen worden —, daß es außerhalb der Gewerkschaftszentrale stehenden Verbänden würde durch ihre moderne Anschauung, radikalere Taktik und sozialistische Ueberzeugung die Separation vorgezogen. Das ist, allgemein gesprochen, nun keineswegs der Fall. Ein Vergleich der auf beiden Seiten stehenden Mitgliederklasse ergibt keine unterschiedlichen Merkmale. Es ergeben sich vielmehr nur Differenzen in Einzelfällen, wie beispielsweise bei den beiden Extremen, zwischen der Western Federation of Miners (Westliche Bergarbeiter-Föderation) und der American Federation of Labor. Aber auch hier erstieren sie eigentlich nur in den Wipfeln, im Mitgliederbestand verschwinden sie fast. Weber ist die Masse der ersteren so fortgeschritten, so sozialistisch wie es den Anschein hat, noch ist die der zweiten so konservativ, so harmoniebuselig wie ihre leitenden Leute. Auch die Verbände, die eine radikale Gangart haben, sind gerne und offenkundig in modernem Mantel kleiden, tragen unter diesem ein Kleid von echt zünftlerischem, überlebtem Schnitt.

In der Zeit Nachgerade alle Verbände, ob sie nun in oder außerhalb der A. F. of L. stehen, verwenden reichlich die freimaurerische Terminologie: Logenmeister, Chaplains, Kondukteure, Sergeanten-at-arms und Zeremonienmeister sind überall in Funktion, Schwüre, Paktwort und Paktus sind überall zu finden. Der Nummernschang wird auf beiden Seiten mit Affenliebe gepflegt. In den offiziellen Reden der A. F. of L. wird der Almighty God (Allmächtige Gott) ebenso oft mißbraucht, wie im nicht offiziellen Falle des Organs der Western Federation of Miners. Bei der Lektüre des Blattes der Vereinigten Bergleute könnte man zuweilen glauben, die Propagandaschrift einer überkommenen Sekte vor sich zu haben, wenn nicht am Kopfe deutlich stände: United Mine Workers Journal. In den Statuten des (der A. F. of L. nicht angehörenden) Verbandes der Maurer heißt es: „In Anbetracht, daß Gott in seiner unendlichen Weisheit alle Menschen mit dem Rechte zum Leben, dem Glücke nachzujagen (!) ausgestattet hat“, rufen wir „Gott zum Zeugen der Rechtheit unserer Absichten an“.

Wir wollen dieser frommen Phrasologie amerikanischer Gewerkschaften nicht höheren Wert beilegen als sie tatsächlich verdient. Sie ist hier nur kurz, durch je ein Beispiel, angeführt, um zu zeigen, daß die geistige Verfassung in und außerhalb der A. F. of L. die gleiche ist. Eine löbliche Ausnahme macht nur die Organisation der „Industriellen Arbeiter der Welt“. Von dieser wird noch weiter gesprochen werden.

Die A. F. of L. hat es an Versuchen nicht fehlen lassen, die abseits stehenden Gewerkschaften um ihre Fahne zu scharen. Bis jetzt bergeblüht. Die Verhandlungen haben nur „zu vielem Guten“ geführt, wie es in ihrem letzten Bericht heißt. Mit so netten Worten konnten die über das ungünstige Resultat ihrer Arbeit nicht berichten, die an der Schaffung einer neuen, zweiten Gewerkschaftszentrale arbeiteten. Wenigstens führte der letzte derartige Versuch zu allem anderen, nur nicht zu „vielem Guten“.

Vor einigen Monaten verhandelte die Western Federation of Miners, entsprechend einem Beschlusse ihres letzten Kongresses, an außerhalb der A. F. of L. stehenden Verbände eine Einladung zu einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft, die die Vereinigung der isoliert stehenden Organisationen auf modernerer Grundlage vollführen sollte. Damit schen die Hoffnung gar mancher Gewerkschaftler verwirklicht zu werden. Aber es schien nur so. Denn leider zeigte eine nähere Betrachtung, daß mit der Niederschrift der Einladung auch die Unmöglichkeit des Vereinigungskongresses gebucht war. Die Einladungsschreiber sind unbedeutend genug, ihre Organisation den „Schrittstein der Zivilisation“ zu nennen. Aus dieser nicht gerade modernen Auffassung heraus glaubten sie Forderungen folgen zu müssen, die der Organisation, auf die es bei der Vereinigung ankam, die Lust am Einigungsmerk verbar, wenn solche überhaupt je bestanden haben sollte. Die Antwort auf die Einladung ließ denn auch keine Illusion mehr aufkommen. Der Hoffnungsbaum moderner Gewerkschaftler trägt Dantes Wort: Laßt alle Hoffnung fahren.

Gewiß ist das Maß des Unmutes über den landläufigen Unionismus gerüttelt voll. Der Jörn und die Anklagen der fortgeschrittenen Elemente paaren sich mit Hoffnungen auf die zentralen Elementen innerhalb der alten Unionen. Allein diese Wünsche sind bis heute unerfüllt geblieben. Und wie in der Vergangenheit, so wird es auch in absehbarer Zukunft bleiben. Für die zur Entfaltung kommenden zentralen Tendenzen bildet die steigende Brutalität des Unternehmertums und der Staatsgewalt die zentralen Kraft. Besonders in der Gegenwart, in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und der Konjunktur der kapitalistischen Arrangements gebietet die elementare Klugheit und der Schatzungstrieb unigen Zusammenschluß der proletarischen Kräfte. Der sich heute vom Gewerkschaftsorganen ablösen würde, der würde zerfliegen werden wie Roland im Tale von Rocca delle Vigne.

Die Schwächung der A. F. of L. ist auch keineswegs zu wünschen. Selbst wenn die unzufriedenen Elemente außer ihr einen neuen Kristallisationspunkt fänden, eine neue Gewerkschaftszentrale zustande käme, so ist es nach den Umständen und der Beschaffenheit des Menschenmaterials noch sehr fraglich, ob sie besser werden würde als die alte, denn wie gesagt, die allein stehenden Gewerkschaften, als Ganzes genommen, weisen in den Punkten, auf die es hier ankommt, kaum Vorteile auf.

Jede Verbände ihrer Kraft hätten aber die Arbeiter mit einem

Teil ihres Rahmens und dem höchsten Herricht, das sie noch besitzen, zu beugen. Was man auch sagen den landläufigen Unionismus (sagen mag, der gewichtige Faktor für die Erhaltung und Förderung der Arbeiterinteressen bleibt und ist er vorläufig doch, trotz seiner Mängelhaftigkeit, Einseitigkeit und sonstiger Mängel. Vorläufig ist er immer noch ein Damm gegen die Ausbreitungswut.

Die Mitglieder der A. F. of L. ist nicht so elend, wie es nach dem Tun ihrer leitenden Leute den Anschein hat. Obwohl sie die schlechte Organisation; aber dafür auch wieder bessere. Man kann um den ganzen Erdball laufen und wird schwerlich einen Gewerkschaftskörper finden von solchem Zusammenhalt wie der amerikanische. Raum wird es einen geben, der so viel Schläge und Eiterbeulen übersteht ohne nennenswerten Schaden zu nehmen. Hier war die Waffe in kritischen Momenten immer noch klug genug, das Rad nicht mit dem Bade auszusüßten.

## Die gegenwärtige Situation im Berliner Rohrlegergewerbe.

Von der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben:

Als im Jahre 1905 die Berliner Rohrleger und Helfer infolge ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Metallarbeiter-Verband in der Lage waren, mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abzuschließen, hofften fast alle Kollegen, daß bei der nächsten Tarifbewegung, wenn die Organisationsverhältnisse sich gebessert hätten, ein noch größerer Erfolg erzielt werde. Jedoch scheint es, als ob die Querschnittsarbeiten einzelner Personen diese Hoffnung der Kollegen zuschanden machen sollen. Zum 1. September läuft der Berliner Rohrlegertarif ab und die Unternehmer kündigten ihn vor dem 1. Juni. Nachträglich teilten sie uns mit, daß der Tarif einiger Änderungen bedürfe. Es haben sich hier in Berlin verschiedene Kollegen gerundet, daß die Unternehmer diesmal durch ihre Kündigung den Kampf begonnen haben, wor jedoch die Vorkommnisse der letzten zwei Jahre beobachtet hat, wie die Gründe, die die Unternehmer zur Kündigung veranlaßten, wohl begreifen. Durch die Abspaltung einer großen Zahl von Rohrlegern und Helfern von unserem Verband, die im Jahre 1906 durch den früheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenhal veranlaßt wurde, waren die Berliner Kollegen in zwei Lager geteilt. Durch Verbreitung von allen möglichen und unmöglichen Dingen, die bezweckten, unsere Organisation in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, hatte es der sogenannte Allgemeine Deutsche Metallarbeiter-Verband fertig bekommen, eine Anzahl Kollegen von uns abzuwenden. Doch diese Zersplitterung hatte keinen dauernden Erfolg, und als sich am Anfang dieses Jahres, wie es allen noch im Gedächtnis sein dürfte, eine abermalige Zersplitterung, jedoch diesmal im „Wiesenhaler Lager“ vollzog, da zerbrach ein großer Teil unserer Kollegen zu ihrer alten Organisation zurück, so daß auch bei den Berliner Rohrlegern und Helfern der Deutsche Metallarbeiter-Verband wieder die hauptsächlich in Betracht kommende Organisation ist. Doch durch alle diese Ereignisse ist eine ganze Anzahl noch nicht ganz fasslichsten Kollegen der Organisation entfremdet worden. Dieses glauben sich die Unternehmer zunutze machen zu können, und versuchen nunmehr, wo die Konjunktur nicht mehr so gut ist, einen Tarif zu schaffen, der eine Verschlechterung des bestehenden bedeutet.

Als wir die Kündigung erhielten, wurde in einer Mitglieder-versammlung der Rohrleger und Helfer von unserem Verband unsere Stellungnahme dahin präzisiert, daß die Schlichtungskommission beauftragt wurde, in geeigneter Weise mit den Unternehmern Verhandlungen einzuleiten, wie es in § 30 des Tarifs bestimmt ist. Dieser Paragraph lautet: „§ 30. Sofort nach Kündigung des Tarifs hat die Schlichtungskommission einen neuen Vertragsentwurf für die Parteien vorzubereiten.“ Was war die Antwort der Unternehmer? Auf unsere Forderung, eine Sitzung der Schlichtungskommission zu veranlassen, schrieben die Herren: Da der Tarif einiger Änderungen bedarf, so wird eine Kommission eine neue Vorlage ausarbeiten. Diese Vorlage werde uns dann „vorausichtlich“ mitgeteilt werden. Dieser Antwort bedeutete nichts weiter, als daß die Unternehmer in einer Kommission, worin unsere Organisation nicht vertreten ist, eine neue Tarifvorlage „ausarbeiten“ wollen. Unser Protest gegen diese Absicht blieb zunächst unbeantwortet, erst vier Wochen später erhielten wir vom Vorstand des Unternehmerverbandes eine Mitteilung, in der man uns den Vorschlag machte, in einer Kommission, die aus den Vertretern der Unternehmer, des „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ (Wiesenhal'sche Richtung) und unseres Verbandes bestünde, über Schaffung eines neuen Tarifs zu verhandeln. Ein solches Anerbieten mußten wir ganz entschieden ablehnen, und zwar aus folgenden Gründen: Die leitenden Personen des „Allgemeinen Metallarbeiter-Verbandes“ haben stets, solange dieser Verband besteht, unsere Organisation und deren Angehörige in der gemeinsamen, unflätigen Weise zu beschimpfen und zu verleumden versucht. Dann kommen aber in tariflicher Beziehung noch andere Bedenken in Betracht. Schon lange vor der Kündigung des Tarifs haben Vertreter der Wiesenhaler mit den Unternehmern über die Erweiterung der Akkordarbeit in diesem Beruf verhandelt. Sie mußten sich dabei wohl zu einem Entgegenkommen verpflichtet haben, denn in einer vom „Allgemeinen Metallarbeiter-Verband“ einberufenen Versammlung der Heizungsmonteur und Helfer erklärte der Angehörige Dannenberg, man wolle ja nicht die Kollegen drängen, den Antrag der Unternehmer in betreff der Akkordarbeit anzunehmen, aber der Versuch zur Schaffung eines Akkordtarifs müsse gemacht werden. Wiesenhal selbst wurde deutlicher, indem er sagte, die Unternehmer wollten auch im Gas- und Wasserfach die Akkordarbeit einführen, und da den leitenden Kollegen ein höherer Lohn und ein guter Akkordüberschuß gezahlt würde, so empfahl er den Antrag der Unternehmer. Aus dieser Stellungnahme der beiden „Führer“ ist wohl ohne Zweifel ersichtlich, daß man sich auf die Akkordarbeit ziemlich festgelegt hat. Durch diese Angelegenheit war eine ziemlich große Unzufriedenheit im Wiesenhal'schen Lager entstanden und um diesen Unwillen zu beschwichtigen, wurde in zwei Versammlungen der Wiesenhaler eine Tarifvorlage ausgearbeitet, wonach der Stundenlohn für Rohrleger 75  $\frac{1}{2}$  und für Helfer 60  $\frac{1}{2}$  betragen soll. Um jedoch den Unternehmern diese Vorlage auch schmackhaft zu machen, können die Firmen, welche durchschnittlich 5 Rohrleger und 5 Helfer beschäftigen, sogenannte Hilfsmonteure beschäftigen. Wenn man bedenkt, daß die hiesigen Unternehmer schon des öfters beschäftigt haben, Helfer mit der Ausführung von Rohrlegearbeiten zu beauftragen und dafür einen geringeren Stundenlohn zu zahlen, als der tarifmäßige Lohn ausmacht, so ist zu verstehen, daß die Einstellung von „Hilfsmonteuren“ eine Schädigung bedeutet. Jedoch hat man mit dieser Vorlage, wie nach Meinung der Unternehmer an eine Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne nicht zu denken ist, auch keine Gegenliebe gefunden. So haben sich die „Führer“ der Wiesenhaler in einer Sadgasse verrannt, indem auf der einen Seite ihre Mitglieder wegen der Akkordarbeit lärm schlagen und die Unternehmer wegen der geforderten Stundenlöhne unzufrieden sind.

Daß wir unter diesen Umständen die Suppe, die sich die Wiesenhaler eingebracht haben, nicht mit ausessen wollen, wird jeder begreifen können. Es kommt noch hinzu, daß die Mehrheit der organisierten Rohrleger und Helfer Mitglieder unseres Verbandes sind. Nachdem man eingesehen hatte, daß wir auf diese Einladung nicht heranzulassen, wurde von Wiesenhal und den Unternehmern versucht, uns auf andere Weise zu zwingen, an einer gemeinsamen Verhandlung teilzunehmen. Es wurde das Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins angerufen, um zu entscheiden, welche Schlichtungskommission, die unfriege oder die des „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“, verhandlungsberechtigt ist. Schon die Art der Einladung, die wir vom Gewerbegericht erhalten hatten, gab uns Veranlassung zu prüfen, ob diese Sache vor dem Einigungsamte zu entscheiden sei. Auf einer Postkarte teilte man uns mit, daß am 15. Juni wegen des Rohrlegertarifs Verhandlungen vor dem

## Zur Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten.

Von Chagrin.

II.

Wie im ersten Artikel mitgeteilt, stehen nach der Statistik außerhalb der Zentrale elf Verbände mit 436 866 Mitgliedern. Dies sind 2,2 Prozent der gesamten Gewerkschaftsmasse. Diese Zahl würde sich noch etwas, wenn auch nicht viel, höher stellen, wenn die Erfolglosigkeit der Ritter der Arbeit (Knights of Labor) dazu gezählt werden könnte. Eine Ausnahme ist von dieser Organisation leider nicht zu erhalten. Ihr Präsident, der „Ehrwürdige Weise“ (Venerable Sage) — wie sein statutarischer Amtsstitel ist — will nun einmal ihre „Stärke“ nicht sehen lassen. Hat er überhaupt noch welche zu zeigen? Diese Organisation hat sich vom Tage ihrer Gründung am (29. Dezember 1869) bis auf den heutigen Tag in ein dichtes Geheimnis gehüllt; um sie hat sich ein luftiger Segenmantel gewunden. Die Legende macht aus ihr zuweilen einen vorhinflüchtigen Mumm, während ihre Lebensäußerungen durchwegs auf viel schwächere Kräfte schließen lassen. In den letzten Jahren lebt sie nur noch von ihrer (legendären) Vergangenheit. Die von uns persönlich in ihrem Hauptquartier Pittsburg gesammelten Daten zeigen, daß sie nur noch eine Fiktion ist. Den elf außerhalb der Zentrale stehenden Organisationen fehlt ein sie vereinigendes Band. Sie scheinen es mit Schillers Wort zu halten:

Einigungsamt stattfinden und wir werden ersucht, unsere Vertreter hinzuziehen. Nicht weiter. Die Zusammenkunft dieses Einigungsamtes, die wir übrigens auch nicht kennen, war eine sehr lehrreiche. Die Unternehmer hatten zwei Vertreter und von den Metallarbeitern waren auch zwei Vertreter als Vertreter der Arbeiter bestimmt, und hatte man nicht erst gesagt, ob wir in dem Einigungsamt vertreten sein wollen, aber man hat erwartet, daß wir uns dem Einigungsamt dieses Einigungsamtes fügen würden. Wohl hätte der Vorsitzende des Gewerbegerichts auf unser persönliches Vorbringen gesagt, daß wir nachträglich einen Vertreter ernennen könnten. Jedoch mit Rücksicht darauf, daß man uns bei den Vorbereitungen für die Verhandlungen gar nicht beachtet hatte und weil außerdem bei der Frage, welche Schlichtungskommission der Arbeiter für die Tarifverhandlungen maßgebend? die Unternehmer als Schlichter nicht fungieren können, da diese Sache keine Streitfrage zwischen Unternehmern und Arbeitern ist, lehnten wir jede Verhandlung ab. In einer schriftlichen Erklärung, die wir dem Gewerbegericht und dem Vorstand des Unternehmerverbandes zu sandten und außerdem am 18. Juli im Vorwärts veröffentlicht haben, halten wir die Gründe unserer Ablehnung eingehend dar. Außerdem war unser Kollege Handke vor dem Einigungsamt erschienen und gab noch einige mündliche Erklärungen für unsere ablehnende Haltung. Obwohl wir ausdrücklich betont hatten, daß, wenn das Einigungsamt in dieser Sache eine Entscheidung treffen sollte, wir uns dem nicht fügen können, wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

„Es ist bei Erneuerung des Tarifvertragsverhältnisses im Gewerbe danach zu streben, daß für das letztere nur ein einziger Tarifvertrag geschlossen wird. Dagegen bestehen zwei Verträge, in denen je eine Schlichtungskommission vorgehoben ist. Da aber bisher nur eine Schlichtungskommission die Geschäfte einer solchen im Rohrlagergewerbe ausgeübt hat, so ist es zunächst Sache dieser Schlichtungskommission, die Vorbereitungen für den neuen Tarifvertrag zu treffen. In den vorbereitenden Verhandlungen ist eine Vertretung des Deutschen Metallarbeiterverbandes einzuladen. Es muß den Parteien überlassen bleiben, die von den Arbeitgebern heute gestellten Forderungen bezüglich Befestigung der Schlichtungskommission in der ersten Sitzung zur Verhandlung zu stellen und entsprechende Beschlüsse zu fassen.“

In demselben Abend fand eine Konferenz von Vertretern des Kupferhütten-, Schmiede- und Metallarbeiter-Verbandes statt, die sich mit dem „Schiedsspruch“ beschäftigte und wo dann einstimmig beschlossen wurde, diese Entscheidung nicht anzuerkennen, jedoch eine öffentliche Versammlung der Mitglieder und Helfer einzuberufen, damit diese zu der Angelegenheit Stellung nehmen konnte. Zum besseren Verständnis bemerken wir, daß die Verbände der Kupferhütten- und Schmiede beschlossen hatten, da eine Anzahl ihrer Mitglieder im Rohrlagerberufe tätig sind, in dieser Tarifverhandlung mit unserem Verbande gemeinsam zu handeln. Die Versammlung war von 900 bis 1000 Kollegen besucht und nachdem Kollege Handke im Auftrag der drei Verbände die gegenwärtige Situation geschildert hatte, nahm er Bezug auf folgende Mitteilung, die der Wiesenthaler Verband in seiner Zeitung in folgender Weise veröffentlicht hat:

„Die Vertreter in der Charlottenstraße 3, Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin, erhalten jährlich eine Gehaltszulage von 60 M laut Beschluß ihrer Verbandsversammlung. Dies macht circa 2 1/2 % der Stunde. Also seit den drei Jahren des Bestehens des Rohrlagerertrags 6 % pro Stunde. Trotzdem schreiben diese Personen an den Arbeitgeber-Verband im Rohrlagergewerbe: Sie bedauern die Kürzung des Tarifs, dessen Lohnsätze sie für angemessen hoch genug halten. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hätte den Tarif nicht gekündigt. Auch wird er keine Lohnhöhung fordern. Ferner betrachten sie den Antrag der Arbeitgeber, dessen letzter Zweck doch die Gründung eines gelben Vereins ist, nicht als Tarifbruch! Dieser Brief ist als Begründung gegen die von unserem Verband gestellten Lohnforderungen von dem Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes im Rohrlagergewerbe am Mittwoch den 15. Juli 1908 in der Sitzung des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts vorgelesen worden.“

Zu dieser Angelegenheit bemerkt Handke, daß er eine solche Mitteilung weder mündlich noch schriftlich gemacht habe und er diese Behauptung als eine infame Erfindung bezeichne. Er erkläre ihren Urheber und Verbreiter, den Redakteur der Zeitung von dem „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband“, Wiesenthal, für einen Lügner und Verleumder und lege eine Klage mit Klageentgelte an. In der Diskussion nahm Kollege Soben das Wort und ermahnte die Kollegen, namentlich die amwesenden „Wiesenthaler“, unter allen Umständen auf der Hut zu sein, damit sie nicht etwa einer Beschleüchterung des Tarifs zum Opfer fallen. Wenn der Wiesenthaler Verband einer Beschleüchterung des Tarifs zustimmen würde, dann würde der Deutsche Metallarbeiter-Verband den Kampf gegen die Beschleüchterung führen. Nachdem verschiedene Kollegen sich in der gleichen Weise geäußert hatten, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen den sogenannten Schiedsspruch des Einigungsamtes. Da dieses Einigungsamt in einer allen bisher üblichen Regeln entgegengegesetzten Weise gebildet war, so kann auch der Schiedsspruch in keiner Hinsicht für die Versammlung als bindend erachtet werden und hat demzufolge keine Gültigkeit. — Deshalb fordert die Versammlung, daß eine Sitzung der Schlichtungskommission stattfindet, wie es nach § 20 des bestehenden Tarifs geschehen muß und schon vom Deutschen Metallarbeiter-Verband mehrmals mit Recht gefordert wurde, damit die Organisationsleitung über die Änderungen des Tarifs, wie es von den Arbeitgebern beabsichtigt war, unterrichtet ist. — Sollten die Arbeitgeber diesem berechtigten Verlangen in der nächsten Zeit nicht nachkommen, dann werden die Organisationsleitungen des Metallarbeiter-, Kupferhütten- und Schmiede-Verbandes hiermit beauftragt, ein gemeinsames Vertretungsorgan einzuberufen, welche sich mit den zu treffenden Maßnahmen zu beschäftigen hat und dann der weiteren Verhandlung eines demzufolge gebührenden Beschlusses zu eventuellen Beschleüchterungen zu unterbreiten.“

Es ist demnach klar und deutlich bewiesen, daß die übergenüßliche Mehrheit der Rohrlager und Helfer weit vor der Gründung der höchsten Ortsverwaltung unserer Organisationsleitung und vor dem Beschlusse auf unsere gerechte Sache haben auch die Kollegen die Verantwortung auf unsere gerechte Sache mit einem Entschlusse übernommen, daß auch unsere Bewegung mit einem Entschlusse stehen wird. Die „Wiesenthaler“ können nicht recht in Schutz kommen, ihre Beschlüsse sind nur schwach begründet. Auf der anderen Seite machen die Unternehmer alle Anstrengungen, sich eine geeignete Anzahl von Juristen zu sichern, um bei einem Streit einzuwirken. Sie haben auch die hiesigen Presse und die „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband“ beschuldigt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit dieser Bewegung eine „Kampfbanner“ aufheben will, so haben wir allen denjenigen Anzeigen, die gegen uns, dem nicht wir, sondern die Unternehmer haben den Tarif gekündigt, und inwiefern sind wir auch die nur zu Verhandlungen bereit, allerdings in der von uns geforderten Weise. Wenn die Interessen der Arbeiter, so haben es in der Hand, wenn nicht, dann suchen wir uns auch mit einem Kampfe nicht. Die Kollegen erheben nur zu wenige Beschlüsse dieser Art, damit die Arbeiter einen Beschlusse und mancherlei Gelegenheiten vor sich haben die Spitze abgeben wird.

Ja, das ist doch einleuchtend und nachträglich eine Erklärung, wenn möglich wird, daß von Vorstand des Unternehmerverbandes ein Schreiben eingegangen ist, wonach die Unternehmer beschließen haben, mit jeder Organisationsleitung gehandelt zu verhandeln, und zwar mit jedem Tarif. Die Verhandlungen haben bereits am 24. Juli begonnen. Es ist demnach endlich der Weg zur Verhandlung für uns frei. Es darf mit Spannung erwartet werden, was uns die nächsten Tage und Wochen bringen werden.

**Ausperrung auf dem Vulkan in Stettin.**

Seit dem Anfang des Mai stand für die Arbeiter auf der Stettiner Schiffswerft Vulkan die durch Vereinbarung zwischen dem Vertreter des Vereins Deutscher Schiffswerkstätten und der Gewerkschaften am 4. Mai 1907 in Hamburg getroffene 8 1/2 stündige Arbeitszeit nur mehr auf dem Papier, denn die Direktion forderte von ihnen, daß sie regelmäßig 1 1/2 Überstunden machen sollten. Von der Unbilligkeit eines solchen Verlangens kann sich nur bei einem Begriff machen, der da weiß, unter wie schwierigen Verhältnissen die Arbeiter auf dem Vulkan ihre Arbeit verrichten müssen. In gebärdeter, friehender Stellung, in unangenehmster Umgebung müssen sie Arbeiten ausführen, die oft die allerschwerste Ausbelastung der Arbeitskräfte erfordert und das noch bei einer Temperatur, die zuweilen 80 und noch mehr Grad beträgt. Von einer ganzen Anzahl Metallkolonnen wurden noch Nachschichten verlangt und gefordert. Nachts bis 12 Uhr, ja vom Sonnabend auf Sonntag mußte sogar 24 Stunden lang in einer Tour gearbeitet werden. Die Arbeiter dachten nicht daran, die Überstunden zu verweigern, sie wünschten nur eine andere Regelung, die sich sehr wohl hätte herbeiführen lassen. In einer Versammlung am 18. Juli beschloßen die Arbeiter einstimmig, daß der Arbeiterausschuß im Verein mit einer Kommission der Direktion bei der Direktion in diesem Sinne vorzutreten solle. Diese Vertreter der Arbeiter wurden am folgenden Tage von der Direktion jedoch scharf zurückgewiesen. Ein Teil der Arbeiter sah sich darauf veranlaßt, an demselben Tage die Überstundenarbeit zu verweigern. Nunmehr erließ die Direktion folgende

**„Bekanntmachung.“**

617 Arbeiter der Werft sind gestern abend gemäß § 10 Abs. 1 der Arbeitsordnung befristet worden, nach Feierabend 1 1/2 Stunden Überzeit (von 6 1/2 bis 7 Uhr) zu arbeiten; eine große Anzahl derselben ist ohne Urlaub dieser Anordnung nicht nachgegeben und hat damit gegen die Arbeitsordnung verstoßen.

Wenn die zur Überzeitarbeit befristeten Arbeiter heute abend wieder um 6 1/2 Uhr ohne Urlaub die Arbeitsstelle verlassen, sind wir gezwungen, nicht nur wegen Zuwiderhandlung gegen die Arbeitsordnung die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, sondern wir sind genötigt, den gesamten Betrieb der Schiffswerft wie der Maschinenfabrik am Sonnabend abend den 18. Juli dieses Jahres einzustellen und das Werk zu schließen.

Durch den Arbeiterstreik im März und Mai dieses Jahres sind sämtliche Mitarbeiter derart in Rückstand gekommen, daß es, um das Verfallene nachzuholen, unbedingt notwendig ist, daß die Mitarbeiter in Überzeit arbeiten. Die fehlende Mitarbeiter behindert das geordnete Fortarbeiten sämtlicher anderen Werke und macht eine erneute Störung in der Mitarbeiter des Weiterarbeiten der anderen Werke ebenfalls unmöglich. Wir schließen aus diesem Grunde, wie oben bereits gesagt, morgen abend die Fabrik, wenn die Arbeiter den auf Grund der Arbeitsordnung getroffenen Anordnungen nicht Folge leisten.

Stettin-Bredow, den 17. Juli 1908.

**Direktion der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan.“**

Nachdem nun an diesem Tage von den infolge der Bekanntmachung erregten Arbeitern die Überstundenarbeit verweigert worden war, erschien am 18. folgender Anschlag:

„Da ein Teil der Arbeiter Donnerstag und Freitag Überstunden nicht gemacht haben, wird der Betrieb heute Sonnabend abend geschlossen und so lange geschlossen bleiben, bis die Arbeiter sich den Paragraphen der Arbeitsordnung fügen.“

Durch die Ausperrung wurden rund 7500 Arbeiter auf Pflaster geworfen. Was an den Maßnahmen der Direktion in erster Linie auffällt, ist die überhäufte Pflöchtigkeit, womit sie ihre Entschuldigungen sucht. Dadurch wurde den Organisationen vollständig die Möglichkeit genommen, einzugreifen. Weitere Ausführungen darüber behalten wir uns noch vor.

Der Arbeiterausschuß und die Arbeiterkommission haben sich noch veranlaßt gesehen, folgendes Schreiben an die Direktion zu richten:

Stettin, den 20. Juli 1908.

**An die Direktion des „Vulkan“, Stettin.**

Der unterzeichnete Arbeiterausschuß und die Arbeiterkommission sehen sich veranlaßt, um jeden Irrtum auszuschließen, der geehrten Direktion folgende Erklärung abzugeben.

Die Arbeiter haben die Leistung von Überstunden keineswegs verweigert, sondern nur eine Regelung, also Einschränkung, derselben verlangt, die sich durch wechselseitige Überprüfungen oder sonstige Maßnahmen sehr wohl herbeiführen ließe.

Diese Erklärung müssen wir deswegen abgeben, weil bei der Unterbrechung am Donnerstag den 16. Juli den Einwendungen und Anträgen der Arbeiter nicht genügend Gehör geschenkt wurde.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Unterschriften.)

Darauf antwortete die Direktion folgendermaßen:

Stettin, den 21. Juli 1908.

An den Arbeiterausschuß (Kameralassessor) und die Arbeiterkommission, zu Händen des Formers Herrn Jul. Behne, Stettin-Bredow, Wollstr. 18, 3.

Was dem nun heute zugegangenen gemeinsamen Schreiben des Arbeiterausschusses und der Arbeiterkommission ersieht man, daß die Arbeiter entschlossen sind, die Leistung von Überstunden nicht zu verweigern und daß jetzt entschieden lediglich der Wunsch besteht, die im größeren Umfang für mehrere Wochen noch notwendigen Überstunden durch für diese Zeitperiode feststehende Schichten oder sonstige Maßnahmen zu regeln. Da aus dem nun vorliegenden Schreiben nicht hervorgeht, was hiermit gemeint ist, ersuchen wir Sie, uns die Wünsche der Arbeiter in klarer Form schriftlich mitzuteilen; wie in allen Arbeiterfragen sind wir, wie Sie wissen, stets bereit, solche Wünsche mit dem Bestreben unserer Arbeitervereine zu diskutieren.

Hochachtungsvoll

Direktion der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft.

Flotr. Stahj.

Der veränderte Sachlage entsprechend konnten die Arbeiter nicht sofort die gewünschten Angaben machen, was ebenfalls deswegen nachfolgende Antwort:

Stettin, den 22. Juli 1908.

An die Direktion des Stettiner „Vulkan“, Stettin.

Unterzeichneter beklagt den Empfang Ihres gestrigen Schreibens und werden ungefragt bemerkt sein, die diesbezüglichen Wünsche zu berücksichtigen. Wenn es nicht sofort geschehen kann, so ist dies lediglich auf die Beschäftigung der jetzigen Verhältnisse, welche eine Verhinderung eines schmerzhaften Gestaltens, zurückzuführen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Arbeiterausschuß. Die Arbeiterkommission.

Es fanden die Dinge, während diese Zeilen geschrieben wurden. Da die Arbeiter zu Verhandlungen bereit sind, ist demnach die Hoffnung nicht unbegründet, daß die Ausperrung bald zu Ende gehen wird.

Man hat zu jählicher Forderung der Arbeiterbewegung, zur Aufhebung der Tarifverträge auf dem Schahwege — welche Verhältnisse! Organe die Arbeiter durch die Macht ihrer Organisationen solche Tarifverträge erlangen, oder wenn nötig infolge gewalttätiger Maßnahmen der Konjunktur eine durchschneidende Erhebung des Lohnes von nur 2 M in der Woche, so multipliziert sich dieser Scheinbar kleine Monotonische Fortschritt im Arbeiterleben nicht nur mit den 2 Millionen freigelegten Organisations, sondern mit Millionen unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, auf deren Lohnverhältnisse jeder Fortschritt der freien Gewerkschaften in günstigem Sinne zurückzuführen ist. So erhält man bei der Annahme einer Lohnsteigerung von 2 M pro Woche für ca. 8 Millionen Arbeiterkräfte — das sind ungefähr zwei Drittel der in Betracht kommenden, während aus verschiedenen hier nicht näher auszuwählenden Ursachen mindestens ein Drittel aus der Multiplikation auszuscheiden ist — ein Lohnmehr von 16 Millionen Mark in der Woche, von 832 Millionen Mark im Jahre! Was das bedeutet? Vermehrten Konsum, wirtschaftliches Leben, kulturelles Steigen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der Nation. Ein wirtschaftlicher Konsum und damit auch ein wirtschaftlicher Produktionsfaktor, der sich auf jenem aufbaut, das sind die Gewerkschaftsorganisationen. Damit ist eine große und weittragende Wechselbeziehung zu den anderen großen Wirtschaftsorganisationen, den Konsumvereinen gegeben. Denn ihre Grundlage ist der Konsum der Massen, der ganz besonders auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Organisation den Wert eines Produktionsfaktors annimmt. Man sieht: verschiedenes Wesen, aber gleiche Wertung. Dem errungenen Lohnwert der Gewerkschaftsseite steht der erzielte Ertragswert der Genossenschaftsorganisationen gegenüber — beide sind ein Wirtschaftsfaktor und Produktionsfaktor. Es gehört daher nicht viel dazu, um die Bedeutung beider Wirtschaftsorganisationen zu erkennen und richtig abzuschätzen.

Nun einiges vom Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Seine Entwicklung ist ein Spiegelbild der Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland. Er umfaßte bei seiner Gründung im Jahre 1902 nur 585 Konsumvereine, im Jahre 1907 dagegen 959. Die Mitgliederzahl dieser Vereine stieg in derselben Periode von 468916 auf 979221. Allein im letzten Jahre vermehrte sich die Mitgliederzahl um über 120000, die stärkste Vermehrung seit Bestehen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der Anteil des Zentralverbandes an der gesamten deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung wächst immer mehr. 1902 befanden sich 70 Prozent, 1907 schon 77 Prozent aller organisierten Konsumisten im Zentralverband. Aus der Entwicklung der Genossenschaften in Deutschland überhaupt ist festzustellen, daß von 1903 bis 1907 die Zahl der eingetragenen Genossenschaften in Deutschland von 22131 auf 26851 stieg, ihre Mitgliederzahl von 3208324 auf 4105594. Die Konsumvereine, soweit sie eingetragen sind, vermehrten sich von 1741 im Jahre 1903 auf 2110 im Jahre 1907; dazu kommen noch etwa 200 nichteingetragene Genossenschaften. 1903 hatten diese Konsumgenossenschaften 818915, 1907 schon 1131453 Mitglieder, ohne Berücksichtigung der Mitgliederzahl der nichteingetragenen Genossenschaften. Es geht daraus hervor, daß die Genossenschaftsbewegung in Deutschland mit rund 4 1/2 Millionen Mitgliedern bzw. Familien tatsächlich einer der stärksten Wirtschaftskräfte geworden ist, zu dessen mächtigen Wellen die 1250000 organisierten Konsumisten zählen. Wirtschaftskräfte nicht nur von heutiger, sondern auch von Zukunftsbedeutung. Daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine eine Unterstützungskasse errichtet hat, die den angeschlossenen Angehörigen und Arbeitern der Konsumvereine im Falle der Erwerbsunfähigkeit, der Invalidität und des Alters Invaliden- und Alters- und deren Hinterbliebenen im Falle des Todes des Ernährers Witwen- und Waisenunterstützung gewährt, ist den Lesern der M.-Ztg. bekannt. Im verflochtenen zweiten Geschäftsjahr der Unterstützungskasse hat sich die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt, der Kassenbestand verdreifacht. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug Ende 1907: 3114. Auch daraus geht hervor, daß die Konsumvereine bestrebt sind, erheblich über das Maß an freiwilliger Fürsorge für die Arbeiter hinauszugehen, das man bei dem privaten Unternehmertum gemeinhin antrifft. Trotz allem, was mit Bezug auf die Arbeitsverhältnisse in Konsumvereinen vom Standpunkte einer zukünftigen idealeren Gestaltung noch zu tun und zu wünschen übrig bleibt, ist festzustellen, daß die Konsumvereine des Zentralverbandes auf dem Boden stehen, der ihnen die vorbildliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben als Pflicht auferlegt. Ein glänzendes Zeugnis davon ist diese Unterstützungskasse, der hinsichtlich ihres Aufgabenspektrums nichts Gleichwertiges in Deutschland, weder auf gesetzlicher noch auf privater Grundlage gegenübergestellt werden kann.

Im Anschluß daran ist noch der Debatte in Eisenach und Hamburg zu gedenken, die infolge der Resolution des Düsseldorf Genossenschaftstages entstanden ist. Die Mißverständnisse, die sich an die Düsseldorf Resolution und an die dortige Rede v. Glms in Gewerkschaftskreisen geknüpft haben, sollten einer Vereinbarung zufolge in Eisenach durch eine neue Resolution gebannt werden. Sie ist nicht genug, um auch von uns Gewerkschaftlern gelesen zu werden. Ihr Inhalt ist der folgende: „Der fünfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 22. bis 24. Juni 1908 in Eisenach erklärt, daß der Beschluß des Düsseldorf Genossenschaftstages, wonach genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden können, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt, nicht dahin aufzufassen ist, daß nunmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anerkennung seitens der Genossenschaften verweigert werden soll, solange sie nicht in dem größten Teil der Privatbetriebe zur Durchführung gelangt sind. Der Genossenschaftstag steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in Bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angehörigen und Arbeiter vorbildlich zu sein. Der Genossenschaftstag ist bereit, bezüglich des Abchlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitstarife mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angehörigen und Arbeiter in Verhandlungen zu treten. Erweitert sich der Abchluß eines Gesamtтарifs für eine Branche der genossenschaftlichen Angehörigen oder Arbeiter als verfrucht oder unmöglich, so steht dem Abchluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Betrieben nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifforderungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Genossenschaftsbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.“

Der Genossenschaftstag in Eisenach nahm diese Resolution einstimmig an, während es auf dem Gewerkschaftstages in Hamburg wegen des nicht vereinbarten Zusatzes: „wenn die bezüglichen ... bis ... kein Vorwurf gemacht werden.“ (siehe letzter Satz) zu einer längeren Debatte kam. Erfreulicherweise schneidet dabei das Draufgängerthum, wie es der Delegierte Josephshuh

**Das Genossenschaftswesen.**

Ja der vierte Juniwoche haben in Deutschland zwei Wirtschaftskongresse stattgefunden, deren jeder einzelne für sich das Interesse der breiten Öffentlichkeit beanspruchte. Eine kurze Betrachtung ergibt eine interessante Parallele der zwei höchsten Wirtschaftsorganisationen nicht nur Deutschlands, sondern der Welt. In Hamburg tagte der Gewerkschaftskongress, in Eisenach der Genossenschaftskongress. Zwei Worte mit nahezu gleichbedeutendem und kulturellem Inhalt. Zwei Begriffe mit verschiedener Deutung. In Hamburg die Vertretung von Klassenorganisationen der Arbeiter, zwei Millionen produktiver Arbeiter der Nation mit einem Vermögen von 60 Millionen

(Satzung) gegen die Genossenschaften vertritt, jedoch ab gegen die...  
 Theorie und Praxis nach vernünftigen Grundsätzen miteinander  
 in Einklang gebracht werden wollen. Und ein objektiver Beurteiler  
 der Sache muß anerkennen, daß nicht so sehr der Nachschub als  
 vielmehr der ganze vordere Teil der Revolution über die vor-  
 bildliche Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhält-  
 nisse ihrer Angestellten und Arbeiter für die Konsum-  
 vereine von entscheidender Bedeutung sind. Erfolgreich für beide  
 Teile war auch die von den namhaften Führern gegen Joseph-  
 sohn und Genossen erwachte Feststellung, daß die Konsum-  
 vereine den Arbeitern an sich nützlich sind und daß das  
 wünschenswerte gute Gegenstandsverhältnis zwischen Gewerk-  
 schaften und Genossenschaften nicht von Leistung und Gegen-  
 leistung abhängig ist. Die Selbständigkeit beider Wirtschafts-  
 organisationen ist zu sehr in ihrem nach Methode und gewolltem  
 Ziel, wenn auch bei gleicher wirtschaftlicher Wirkung, unter-  
 schiedenen Wesen als einer Notwendigkeit verblüht, als daß dar-  
 über ein ernsthafter Streit entstehen könnte. Sorgen wir, daß  
 in Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen die richtige Auf-  
 fassung von der gegenseitigen Bedeutung beider Wirtschafts-  
 organisations immer mehr platzgreift, dann sind alle  
 Missverständnisse überflüssig, die entweder aus Unbeugung oder aus  
 Mißverständnis immer falsch gedeutet werden können. Den  
 Sinn dieser Meinung kann man in der Resolution erblicken,  
 die eine klare und einwandfreie, von den Genossenschaften wohl  
 akzeptierbare Antwort des Gewerkschaftskongresses darstellt, in-  
 dem sie sagt:

Der Gewerkschaftskongress nimmt Kenntnis von dem Beschlusse  
 des Eisenacher Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher  
 Konsumvereine und verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter  
 erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905),  
 nach welchem die Konsumgenossenschaften durch Beitritt  
 und Propagierung der genossenschaftlichen Bestrebungen  
 aufs tatkräftigste zu unterstützen sind.

Damit gut. Man wird sich mit der Zeit immer besser ver-  
 stehen lernen, ohne daß man die Förderung der Genossenschaften  
 von Gegenleistungen abhängig macht, die an sich als notwendig  
 anerkannt sind, wie die Genossenschaften an sich es auch sind.

Zum Schluß noch etwas von der Generalversammlung  
 der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine,  
 die im Anschluß an den Genossenschaftstag in Eisenach tagte.  
 Für deren Entwicklung war das Jahr 1907 trotz des Nieder-  
 ganges, der in der letzten Hälfte des Jahres einsetzte, sehr er-  
 folgreich. Die Zahl der Gesellschafter (Konsumvereine) stieg von  
 448 im Jahre 1906 auf 499. Die Zahl der Vereine, mit denen  
 die Großverkaufsgesellschaft in Geschäftsverbindung steht, ver-  
 mehrte sich von 1404 auf 1419. Der Warenumsatz erreichte die  
 Höhe von 59866220,04 M gegen 46503237,02 M im Jahre  
 1906, das ist eine Steigerung um 13362983,02 M oder 287,  
 Prozent. Die Gesellschaft unterhält Zentrallager in Hamburg,  
 Berlin, Chemnitz, Erfurt, Mannheim, Düsseldorf. Sie beschäftigt  
 281 Personen gegen 254 im Vorjahr. Es wurde ein Reingewinn  
 von 504910 M gegen 281070 M im Vorjahr erzielt, der zu  
 riesigen Abschreibungen, Reserverfonds und zu einer recht geringen  
 Dividende von nur 109405 M — bei 504910 M Gewinn! —  
 verwendet wurde, was von einer hohen wirtschaftlichen Ein-  
 sicht der Genossenschaftler, die man oft verständnislos „Divi-  
 denbenachteiliger“ nennen hört, zeugt. Die Generalversammlung  
 erhöhte außerdem das Stammkapital von 1 Million auf deren  
 anderthalbe und faßte den Beschluß, das Kaufwesen ge-  
 werbsmäßig zu betreiben. Es eröffnet sich hier auch für die  
 Gewerkschaften eine neue und nicht unwichtige Perspektive. Die  
 Reserven der Gesellschaft wurden mittels Zuschreibung von  
 obigem Reingewinn um 356294 M erhöht und betragen jetzt  
 900770 M.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine gezielte Bei-  
 tragleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt,  
 daß mit Sonntag dem 2. August der 32. Wochenbeitrag  
 für die Zeit vom 2. bis 8. August 1908 fällig ist.

- Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:**  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dautzen:  
 Der Eisendreher Ernst Moritz Franke, geb. am 31. Januar  
 1871 zu Freiberg i. S., Buch-Nr. 979449, wegen unkollegialen  
 Verhaltens;  
 der Former Willi Waler, geb. am 16. Mai 1887 zu Zillen-  
 dorf, Lit. A. Buch-Nr. 303559, wegen Betrag.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau:  
 Der Schlosser Artur Kramer, geb. am 24. August 1887 zu  
 Breslau, Lit. A. Buch-Nr. 189443, wegen Unterzählung.  
 Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Kiel:  
 Der Schlosser Alf. Klingert, geb. am 17. März 1883 zu Nauke,  
 Buch-Nr. 277891;  
 der Schlosser Ulrich Laib, geb. am 13. Juni 1883 zu Holz-  
 gerlingen, Buch-Nr. 436897, beide nach § 22 Abs. 1c des  
 Statuts.

**Wieder aufgenommen wird:**  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kaufbeuren:  
 Der Spengler Gustav Seidlitz.

**Gestorben:**  
 Buch-Nr. 2, lautend auf Alfred Cassin, Mechaniker, geb. am  
 27. März 1880 zu Dittenen, eingetreten August 1907 in Altona.

**Aufforderung zur Rechtfertigung.**  
 Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich  
 wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu  
 rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander er-  
 scheinernden Aufforderung keine Folge gegeben wird, er-  
 folgt Ausschlusung aus dem Verband.

Auf Antrag der Bezirksleitung im 4. Bezirk:  
 Der Former Oswald Lenke, geb. am 29. Oktober 1884 zu  
 Meerane, eingetreten am 7. Juni 1902, Buch-Nr. 2, wegen  
 Unterzählung.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Braunschweig:  
 Der Schlosser Friedr. Würmann, geb. am 11. August 1885  
 zu Dortmund, Lit. A. Buch-Nr. 272711, wegen Diebstahl.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Siegen:  
 Der Former Alois Zukunzt, geb. am 9. Juni 1880 zu  
 Theresienhütte, Buch-Nr. 959663, wegen Verstoß gegen die  
 Verbandsinteressen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an  
 Theodor Werner, Stuttgart, Nöte-Str. 16b  
 zu richten; am dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das  
 Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
 Der Vorstand.

## Zur Beachtung! • Zugug ist ferngehalten:

- von Hiltner, und Metallarbeitern nach Verid;  
 von Diamantarbeitern nach Hana (Firma Hiltner u. Gabel) St.;  
 von Dreharbeitern nach Wien (Firma S. G. S.);  
 von Feinschneidern nach Augsburg D.;  
 von Formern, Eisenblechbearbeitern und Formarbeitern nach  
 Augsburg, D.; nach Dortmund, siehe Westl.; nach Grauburg,  
 (Maschinenfabr. L. G. v. m. H. Wenzl); nach Gasse i. Westl.,  
 (Firma Wittmann Nachf.) D.; nach Regensburg (Maschinen-  
 fabrik Horn, Ing. F. Helpert) D.; nach Westl. bei Dortmund  
 (Firma Maschinenfabrik und Eisengießerei);  
 von Weibschlängern nach Großschmied; nach Nürnberg und  
 Schwabach;  
 von Schmiedern, Pfälzern, Spenglern und Zinkstanzern nach  
 Chur (Schweiz) St.; nach Gießen, D.; nach Kassel; nach  
 Heidelberg, Ludwigshafen und Mannheim, D.; nach  
 Kaufbeuren, St.; nach Ingolstadt, St.; nach Raumburg  
 (Firma Ritter) D.;  
 von Metallarbeitern aller Branchen nach Dillingen a. S. (Firma  
 Pierre Wobinet, Eisen- und Metallgießerei) St.; nach Dürren  
 (F. Hirsch) D.; nach Gützkow (Stahlw.) St.; nach Heinrichs  
 (siehe Suhl); nach Gollars (Wienw.) St.; nach Bredenwalde  
 (Firma Behnisch und M. Neuhaus & Co.) St.; nach Ludwigshafen,  
 Mannheim (gel. Industriegebiet) St. u. D.; nach Paris;  
 nach Pönnel (Wenger & Weller) M.; nach Suhl i. Thüringen  
 (Waffen-, Fahrrad- und Kriegsfahrzeugfabrik Simson & Co.);  
 nach Tullingen (Allgemeine Maschinenfabrik für Feinmechanik vormalig  
 Feiler & Scheerer) D.; nach Tillingen (Nied. Mark, Fein-  
 mechanische Werkstatt) M.;  
 von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldborten;  
 von Schlossern nach Gießen, D.;  
 von Schmieden (Fuß- und Wagen-) nach Essen D.;  
 von Risseuren nach Hana (F. Zimmermann) St.  
 (Die mit A. und B. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die über-  
 haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Westl.; A.: Sohn-  
 bewegung; B.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung;  
 M.: Mißbilligung; N.: Lohn- oder Arbeitsreduktion; F.: Einführung  
 einer Fabrikveränderung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung  
 eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den  
 Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Ver-  
 hängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von  
 der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An-  
 lässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich  
 stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder  
 Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen  
 Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle be-  
 steht, wolle man sich an den Vorstand wenden. Das gleiche  
 gilt für alle die, die an ihrem seitherigen Arbeitsort ihre  
 Stelle wechseln.

## Korrespondenzen.

### Metallarbeiter.

Vielefeld, 18. Juli. (Es ist nichts so fein gesponnen, es  
 kommt doch endlich ans — Blick!) In einem der letzten  
 Tage des vergangenen Monats kam auf das Bureau des Deutschen  
 Metallarbeiter-Verbandes ein Mann, der sich als ein bei Görde be-  
 schäftigter Arbeiter vorstellte und die Geschäftsleitung ersuchte, ihm  
 die Fortsetzung seiner im Oktober vorigen Jahres unterbrochenen  
 Mitgliedschaft im Verband zu gestatten. Die Verbandsleitung, der  
 nicht gerade viel an der Mitgliedschaft solcher Arbeiter gelegen sein  
 kann, die beim ersten Ansturm wie Spreu davonfliegen, lehnte kurz  
 und bündig das Ersuchen ab und bedeutete dem Antragsteller, sich  
 neu in den Verband aufnehmen zu lassen. Dazu konnte sich der  
 Mann nicht sofort entschließen und er verließ das Bureau des  
 Verbandes, ohne die Mitgliedschaft erworben zu haben. Am dem-  
 selben Tage aber kehrte er wieder und trat unter dem 28. Juni  
 dem Verbands wieder als Mitglied bei. Der Mann machte einen  
 so schäuen und unsicheren Eindruck, daß dem Beamten gleich Zweifel  
 an der Ehrlichkeit des Herrn aufstiegen. Auch daß er während der  
 Arbeitsstunden kam und daß er erst Rats einholte, ehe er sich wieder  
 aufnehmen ließ, verstärkten den Verdacht, daß man es mit einem  
 Auslöcher und Spitzel zu tun habe. Um das festzustellen, richtete  
 die Leitung des Verbandes an den Herrn einen Brief, in dem sie  
 von ihren Absichten mit Bezug auf die bei Görde beschäftigten  
 Mitglieder des Verbandes einige Andeutungen machte und den  
 Mann aufforderte, in einer mündlichen Aussprache einige Winke für  
 die Agitation zu geben. Die Besprechung wurde angefaßt, der Mann  
 kam und machte nun während der Unterhaltung einen durchaus  
 vertrauensverweckenden Eindruck. Die Verbandsleitung fing schon an,  
 zweifelhaft zu werden, ob die Verdachtsgründe gegen das neu-  
 gewonnene Mitglied die Annahme berechtigten, es mit einem  
 gebundenen Spitzel zu tun zu haben, — als sie auf ihre Nach-  
 forschungen im Betriebe die Mitteilung erhielt, daß der Obermeister  
 Wolf wohnen in dem Briefe der Verbandsleitung enthaltenen  
 Mitteilungen Kenntnis habe und danach schon seine Maßnahmen  
 treffen. Einige andere Umstände, die einzeln hier aufzuzählen zu weit  
 führen würde, lieferten den schließlichen Beweis, daß der Mann vom  
 Obermeister Wolf geschickt wurde, um herauszufinden, welche  
 von den Gördeschen Arbeitern dem Metallarbeiter-Verbande ange-  
 hörten. Um den Burschen zu entlarven, wurde er dann durch ein  
 Schreiben der Verbandsleitung noch einmal zum Bureau gebeten.  
 Die Unterredung sollte gestern abend stattfinden, und sie fand statt.  
 Der Herr Spitzel kam und war nun schon gesprächiger geworden.  
 Er wollte unter allen Umständen wissen, „an wen er sich halten  
 könne“, „wer noch weiter geheimes Mitglied des Verbandes sei“  
 u. s. w. Dann wurde das Gespräch unterbrochen. Im Geschäfts-  
 zimmer des Bevollmächtigten des Verbandes hörte man die Stimmen  
 der Bibliothekare und es war zu befürchten, daß andererseits die  
 Bibliotheksbesucher Kenntnis von den intimen Gesprächen erhielten.  
 Man beschloß deshalb, sich in ein anderes, diskretes Zimmer zurück-  
 zuziehen. Hier ließ man jedoch wieder auf Hindernisse. Im Hinter-  
 grund des Zimmers stand eine Gruppe Kinder, die auf die Platte  
 gebracht werden sollte. Als die Probeur beendet war, herrschte der  
 Bevollmächtigte die unschuldigen Kinder an, daß sie hinausgehen  
 sollten. Schon wollte er mit dem sehr ehrenwerten Herrn Spitzel  
 das Gespräch fortsetzen, als einer seiner Kollegen anregte, die  
 günstige Gelegenheit zu benutzen, um sich ebenfalls in optima forma  
 verewigen zu lassen. Sagt, gefast! Der gewichtige Mann  
 des Hauses brachte 6 große „Lager“ nach oben und bald gleich das  
 Bureau des Verbandes einer Stehbiertische. Das war die echte und  
 rechte Stimmung für die Aufnahme. Der sehr ehrenwerte Herr  
 Kurier des sehr ehrenwerten Herrn Wolf mußte mit. Den  
 Humpen in der Hand, nahm er in der Mitte Aufstellung. Die  
 letzte Mahnung des Photogrammen: „Bitte recht freundlich!“ —  
 und fertig war das Bild. Alle gaben ihre Bestellungen auf, auch der Be-  
 sucher aus der Heinrichstraße wünschte ein Bild zu haben. Bergnügt  
 über das gute Geschäft zog der Photograph von dannen. Und  
 auch die anderen von der fideles Gesellschaft zogen sich zurück.  
 Unter den drei Zurückbleibenden, Spiegel und Seewering vom  
 Metallarbeiter-Verband und dem sehr ehrenwerten Kurier entspann  
 sich nun folgendes Gespräch: Seewering: „Sagen Sie mal, Kollege,  
 wie kommt denn eigentlich Wolf in den Besitz meines Briefes?“  
 „Wie — was, Wolf — Brief“, stützte der Mann und wurde  
 blaß und bläßer. „Sawohl, Wolf in den Besitz meines Briefes; —  
 weil Sie ein von Wolf gebundener Spitzel sind!“ Taglich griff  
 dann der Mann nach seinem Hut und rannte spornfedrig die Treppe  
 hinunter ins Freie. Sein Gesicht, das er selbst als das dümmste  
 der Welt bezeichnet hatte, soll noch dümmmer ausgesehen haben, als  
 er die Markstraße erreichte. Bei der Aufnahme in den Metall-

Arbeit-Verband hatte der Herr folgende Personalien angegeben:  
 Otto Häberl, Schlosser, geboren am 22. Februar 1876 zu Kaufbeuren,  
 wohnhaft Heinrichstraße 18. Als beiderseitige Kenntnis fügte der  
 Herr wohl später hinzu: Das dünne Gesicht von der Welt.

Kassel, 18. Juli. (Der unerfährte Kapitalismus.) Was in den  
 Zeiten der Krise die Unternehmer nicht alles den Arbeitern zu bieten  
 wagen, das zeigt ein Mann, der in den Fabrikräumen der Weltfirma  
 Lokomotivfabrik Henschel & Sohn in Kassel den Arbeitern bekannt  
 gemacht wurde. Der Anschlag lautet: „Bekanntmachung. Es  
 gelangt in letzter Zeit immer häufiger, daß Arbeiter in großer Zahl  
 gleichzeitig auf dem Fabrikhof und in den Gärten unterstehen. Wir  
 können dies nicht länger dulden und werden von jetzt an auf das  
 strengste gegen solche Leute vorgehen. Außerdem haben wir es  
 jedem Betriebsbeamten und Werkmeister zur Pflicht gemacht, in  
 solchen Fällen einzuschreiten, auch wenn die betreffenden Arbeiter  
 ihnen nicht direkt unterstellt sind. Die Arbeiter haben in solchen  
 Fällen jeden Betriebsbeamten und Werkmeister unseres Werkes als  
 Vorgesetzten zu betrachten, dessen Befehle sie Folge zu leisten  
 haben. Auf Erfordern ist die Fabriknummer anzugeben. Kassel,  
 den 6. Juli 1908. p. pa. Henschel & Sohn. Wirtschft. Koch.“  
 Diese Bekanntmachung rief natürlich große Erregung nicht nur unter  
 den organisierten, sondern auch unter den unorganisierten älteren  
 Arbeitern hervor, um so mehr, als gerade bei dieser Firma in der  
 letzten Zeit die Arbeitsleistung des einzelnen durch überlange Ar-  
 beitszeit und Antreibung ganz unerhört gesteigert worden ist. Die  
 in 5000 Exemplaren verteilte Nummer des WpK-Blatts, das eine  
 Besprechung des Aufsatzes enthielt, wurde dann auch eifrig von den  
 Arbeitern gelesen und herumgegeben. Und am Dienstag den 21. Juli  
 fand in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus ein Massen-  
 protest der Faulenzer statt, wie ihn Kassel noch nicht gesehen hat.  
 Gleich nach 6 Uhr strömten die ersten die Fabrik verlassenden Arbeiter  
 nach sonst nach Hause ins Versammlungslot, um Stellung zu dem  
 Anschlag der Direktion zu nehmen. Bald waren Saal und Galerien  
 gefüllt und als vom Vorsitzenden Kollegen Orzeszinsky um 7 Uhr  
 die Versammlung eröffnet wurde, da strömten immer noch Massen  
 ins Lokal, so daß es bald unmöglich wurde, Platz zu finden. Hunderte  
 mußten stehen. Trotz der Überfüllung des Raumes hörten die Ver-  
 sammlungsteilnehmer doch mit gespannter Aufmerksamkeit den Aus-  
 führungen der beiden Referenten bis zum Schluß zu. Erster Referent  
 war Kollege Böckler (Frankfurt a. M.), der es übernommen hatte,  
 über den Übermut der Metallindustriellen in der jetzigen Wirtschaftskri-  
 se den Arbeitern gegenüber zu reden. Gestützt auf zahlreiche Bei-  
 spiele war es ihm möglich, nachzuweisen, in welcher brutalen und  
 übermütigen Weise die Unternehmer und deren Knechte die Arbeiter  
 jetzt ihre Macht fühlen lassen, wie Lohn- und Arbeitsreduktionen an  
 der Tagesordnung sind, wie das Bestreben vorherrscht, den Arbeitern  
 nicht nur das in der Hochkonjunktur Errungen wieder abzunehmen,  
 sondern noch mehr dazu, damit die Profitrate der Kapitalisten nicht  
 nur nicht geschmälert wird, sondern sich trotz schlechten Geschäfts-  
 ganges möglichst noch steigert. Die Behandlung der Arbeiter zur  
 Jetztzeit erinnere an die Zeiten des felleigen Stumm in Saarabien,  
 der alle paar Tage „seine“ Arbeiter durch einen neuen Anschlag  
 überraschte, worin angeordnet wurde, daß ohne seine Erlaubnis  
 niemand bestimmte Wirtschaften besuchen dürfe, wie oft und wann  
 der einzelne in die Kirche zu gehen habe, ob und wann der junge  
 Mann heiraten dürfe. Man fühle sich in diese Zeiten zurückversetzt  
 wenn man jetzt das Treiben der Industriellen, besonders der Metall-  
 industriellen, beobachtet. Wenn man in den hunderten und tausenden  
 Maßregelungen und Entlassungen einen brutalen Akt des Unternehmers  
 erblickt, so muß man doch angefaßt der neuesten Vorgänge, angefaßt  
 des Vorgehens der bayerischen Metallindustriellen gegen die kauf-  
 männlichen und technischen Angestellten von Übermut reden.  
 Übermut ist es, wenn die bayerischen Metallindustriellen nicht nur  
 die Arbeiter, sondern auch diejenigen kränkern, welche bisher immer  
 noch auf Seiten der Unternehmer gestanden haben, ihnen Zuträger-  
 dienste leisteten und die Arbeiter schmähten, wenn diese Forderungser-  
 stellten. Daß einzelne Unternehmer das Vorgehen der Bayern miß-  
 billigen, ist behebungslos, denn nicht das Vorgehen an sich mißbilligen  
 diese, sondern vielmehr, daß die Öffentlichkeit davon erfahren hat.  
 Treffende Worte fand dann der Redner zu dem bekannten Anschlag  
 der Direktion der Firma Henschel & Sohn. Mit Recht wies er  
 darauf hin, daß es den „lieben, braven, treuen, zufriedenen“ und  
 unorganisierten Arbeitern nichts genutzt hat, wenn sie bisher die  
 Verbandsbeiträge gepart haben. Auch sie sind „Faulenzer“ und  
 „Gefährlicher“, nicht nur die organisierten Kollegen. „Das sollte jeden  
 einzelnen zum Bewußtsein kommen. Die organisierten Arbeiter sind  
 aber, wie auch die heutige Versammlung beweist, in der Lage, sich  
 gegen einen angetanen Schimpf, gegen eine Schamge vor der ganzen  
 deutschen Arbeiterschaft durch offenen Protest und durch Stellung-  
 nahme in der Öffentlichkeit zu schützen, während die übrigen Arbeiter  
 jede ihnen zugefügte Beleidigung ruhig einstecken müssen. Wenn sie  
 sich das auch für die Zukunft gefallen lassen wollen, dann soll es  
 auch die organisierten recht sein. Aber noch besteht die Hoffnung, daß  
 auch sie zur Erkenntnis kommen werden und den Weg finden, der  
 der einzig richtige für einen Arbeiter ist, den Weg zur Organisa-  
 tion. Denn was will es bedeuten, wenn einige hundert Arbeiter einen  
 etwas höheren Verdienst erzielen, als wie die tausende anderer.  
 Auch für sie bleibt nichts übrig, auch für sie reicht es nur gerade  
 zum Notdürftigsten. Auch sie helfen den Tisch der Kapitalisten mit  
 bedeu und müssen sich doch mit Brocken zufriedener geben. Nur  
 fester Zusammenwuchs kann hier Änderung zum Besseren schaffen,  
 darum muß die Parole lauten: „Einigkeit in den Deutschen  
 Metallarbeiter-Verband!“ Der zweite Referent Kollege  
 Orzeszinsky ergänzte noch in wirkungsvoller Weise die Aus-  
 führungen Böcklers, indem er an der Hand zahlreicher Beispiele  
 und statistischen Materials den Nachweis führte, daß nicht weniger  
 als alles verbesserungsbedürftig sei. Wenn einzelne Meister dem  
 Anschlag jetzt eine solche Auslegung geben wollen, als seien mit  
 den Faulenzer und Gefährlicher nicht die gelehrten, sondern die  
 Scharbeiter gemeint, so kann man diesen Beschuldigungsversuchen  
 nur ein mitleidiges Schächeln entgegenbringen. Die Bestrafung der



**Überlegen im Verstand.** Wie die christlichen Arbeiter in Verbindung mit ihren Gewerkschaften stehen, zeigt folgendes Brief. Der Arbeiter hat sich bei einem Arbeiter. Nach einiger Zeit kam noch ein Brief. Wie es nun unter anderem üblich ist, wurde der Arbeiter gefragt, ob er organisiert sei. Darauf gab dieser zur Antwort: „Ja, ich bin organisiert im Deutschen Metallarbeiter-Verband.“ Ein Gewerkschaftsmitglied ging nun dieser „Kategorie“ mit dem katholischen Gewerkschaftsmitglied zur Verfügung. „Ich und ihr seid hier nicht verbunden, aber das ist gerade mit dem Gewerkschaftsmitglied, das seinen beiden Mitarbeitern zu denken. Die Arbeiter im Verstand sind dabei am ehesten, das er bei den „Christen“ organisiert sei. Also hatte er seine Kollegen belegen. Da der Mensch offenbar den Spion spielen sollte, sollten es die beiden Kollegen dem Arbeiter frei, entweder den Bruder in Christo zu verlassen, oder ihre Kündigung entgegenzunehmen. Der Spion jagt es aber vor, zu verdutzen. Nun schlug der Gewerkschaftsmitglied in den Zentrumsblättern. In einem Artikel der überlängten Zeitung hieß es, die roten Genossen seien alle gleich. Religion sei Privatangelegenheit. Welch herrliche Illustration gebe der Fall zu diesem Satz. „Wahrheitlich!“ — man kennt sie. Nur wundern müßte man sich, daß ein solches Vorkommnis hier passieren konnte, wo noch keine Industriekämpfe vorhanden seien. Nicht einmal in einer ganz katholischen Gegend dürfte ein Arbeiter die Fronteignamensprojektion mitmachen, ohne das Mißfallen der Genossen zu erregen. Wie man sieht: eine vollständige Verdröhnung der Tatsachen. Nicht wegen der Beteiligung an der Projektion, sondern wegen seines verdächtigen ähnlichen Verhaltens mußte der christliche Bruder gehen. „Nicht er gleich gefügt, er sei christlich organisiert, so hätten sich die beiden Kollegen nicht weiter um den Bruder gekümmert. Wir wollten einmal sehen, wie es einem Kollegen von uns erginge, den man auf diese Art erkaufte. Es zeigt nicht von besonderem Werte der christlichen Gewerkschaften, daß ihre Mitglieder nicht den Mut besitzen, offen zu sagen: Ich bin christlich organisiert. Daß man aber unseren Kollegen zumutet, sich betrogen oder verraten zu lassen, bloß weil die Gegend ganz katholisch ist, das übersteigt das Bößwärtigen Witzel. Wenn hier noch keine Industriekämpfe vorhanden sind, so ist damit nicht gesagt, daß die Arbeitsverhältnisse die besten sind. Im Gegenteil, man kann annehmen, daß sich die Arbeiter alles gefallen lassen müssen, weil sie zu schwach sind, um etwas unternehmen zu können. In den Worten vom Dingau, der die Wäre vom Terror zuerst in die Welt gesetzt hatte, fanden die beiden angegriffenen Kollegen eine Berichtigung. Man sollte nun meinen, daß daraufhin eine andere Beurteilung des Falles eingetreten wäre. Weit gefehlt. So etwas gibt's nicht bei den Aposteln für Wahrheit und Recht. Vielmehr wurden an diese Berichtigung häßliche Bemerkungen wegen einiger Fehler gemacht. Das Schreiben sei konfus, man müsse es mehrmals lesen, und an der verschiedenartigen Schrift könne man Kilometerweit sehen, daß die Berichtigung von einem Genossen unbedeutender Güte ausgeht und von den beiden Kollegen bloß unterschrieben sei. Daß mancher Leser des Blattes das Schreiben nicht nur mehrmals lesen, sondern es sich womöglich vom Barbier oder von Schuljungen vorbuchstabieren lassen muß, ist sehr wohl möglich, denn so ist nach der Vorbe in der Gegend ist, so schlecht ist es bei vielen mit den elementarsten Schulfenntnissen bestellt. Wer aber den überlängten Gewerkschaftsmitglied ihre Erwiderung aufgesetzt hat, das preisen die Späßen auf den Dächern. Wozu wäre denn der Herr Geistliche ihr Prüfer?

# Rundschau.

## Auch eine Wirkung der Krise.

Schon seit längerer Zeit übt die Krise auf einige Gewerkschaften einen ungünstigen Einfluß aus. Dies kam schon im vorigen Jahr dadurch zum Ausdruck, daß ein Stillstand, ja sogar ein Rückgang in der Mitgliederzahl eintrat. Obwohl unser Verband in den letzten Jahren einen Aufschwung nahm, der die kühnsten Hoffnungen weit in den Schatten stellte, war es doch vorauszu sehen, daß schließlich auch einmal eine Zeit kommen mußte, wo sich die Krise auch in einem Rückgang seiner Mitgliederzahl bemerkbar machte. Im ersten Quartal dieses Jahres hatte die Krise den Mitgliederzuwachs immer noch nicht aufhalten können. Im Gegenteil stieg die Zahl damals von 36224 auf 368436. Das zweite Quartal schloß dagegen ab mit 365444 Mitgliedern (351110 männliche und 113334 weibliche). Die Mitgliederzahl hat also um 2900 abgenommen! Es sind 2616 männliche und 374 weibliche Mitglieder weniger geworden. Wir halten es für eine unabweisbare Pflicht, diese Tatsache unverzüglich zur Kenntnis unserer Kollegen zu bringen. Wir haben alle Ursache, uns der gesunden Kraft unserer Organisation zu freuen. Wäre diese nicht vorhanden, so hätte der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht trotz der Krise noch bis in die neueste Zeit hinein fortgeschritten können.

Wir sind ein wenig verwöhnt worden durch die großen Fortschritte und haben teilweise vielleicht ein wenig zu sehr der dem Verbands innemohnenden natürlichen Werbetraft vertraut. Wir glauben, daß die Feststellung dieser Tatsache genügt, um zu zeigen, von welcher Art unsere nächsten Aufgaben sind. Nicht, daß wir auch nur einem einzigen vorwerfen wollen, er habe seine Pflicht nicht erfüllt. Im Gegenteil! Wir wissen, daß mancher geplagte Verbandsfunktionär tatsächlich nicht in der Lage war, viel für die Agitation tun zu können, weil er schon mehr als genügend mit den übrigen Arbeiten belastet war. Dies muß anders werden, und wenn es nicht auf andere Weise möglich ist, dann durch weitere Anstellung besoldeter Kräfte. Es gibt viele Verwaltungstellen, die über so große Soziallasten verfügen, daß sie diese Mehrausgaben sehr wohl erschwingen können, abgesehen davon, daß die dafür ausgegebenen Gelder sich regelmäßig sehr wohl zu rentieren pflegen.

Noch eins! In den Zeiten, wo unser Mitgliederbestand so gewaltig anwuchs, war es nicht immer und allenthalben möglich, dafür zu sorgen, daß der innere Ausbau des Verbandes mit seinem Anwachsen Schritt hielt. Jetzt ist die Zeit gekommen, das auf diesem Gebiete veräußerte nachzuholen! Auch für die Aufklärung der Mitglieder kann jetzt manches getan werden, was bisher aus Mangel an Zeit und an Mitteln veräußert werden mußte. Wird dies alles beachtet, so wird auch aus der gegenwärtigen Situation dem Verbands nur Vorteil erwachsen. Vorteil des Verbandes ist aber gleichbedeutend mit dem Vorteil seiner Mitglieder. Wir glauben ferner keineswegs, daß der Rückgang der Mitgliederzahl eine ernste Gefahr für den Deutschen Metallarbeiter-Verband werden kann. Wohl aber dürfen wir uns nicht verhehlen, daß der Einfluß des Verbandes an den Orten, die vorwiegend vom Rückgang ergriffen sind, notgedrungen geringer werden muß. Darunter müssen naturgemäß auch die treugebliebenen Verbandsmitglieder leiden. Schon aus diesem Grunde haben wir Urache, alles anzubahnen, daß diese Periode des Rückgangs so viel wie möglich abgekürzt werde und der alte herrliche Fortschritt wieder einsehen möge. Darum vorwärts zu frischer und fröhlicher Arbeit für unsere altbewährte Organisation, für den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

## Konferenz der bayerischen Verwaltungstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Am Sonntag den 19. Juli wurde in München eine Konferenz von Vertretern der Verwaltungstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes des 10. Bezirks abgehalten. Kollege Reichel erstattete den Bericht über die Verhandlungen mit dem bayerischen Metallindustriellen-Verband über die Schaffung einer Schlichtungsordnung. An diesen Bericht knüpfte sich eine lebhafteste Besprechung

des Entwurfes, der allgemein als ungenügend bezeichnet wurde. Spezial die Ansetzung der Gelder und die alleinige Verlegung des Vorzuges in dem einzelnen Ausschüssen durch die Unternehmern fanden teilsigen Widerspruch. Das Ergebnis der Verhandlungen kam in folgendem Satze, der einstimmige Annahme fand, zum Ausdruck:

Die Konferenz beschließt: Der Entwurf wird an den Vorstand bezug. Weirai zur weiteren Beratung und Durchsicht unter Zugrundelegung der heutigen Aussprache zurückverwiesen. Die Vertreter der drei Hauptorte Augsburg, München und Nürnberg sind zu dieser Beratung beizutreten.

## Gewerkschaftliches.

**Vorzehnarbeiter.** Der Verband der Vorzeilarbeiter und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hielt am 7. bis 13. Juni in Charlottenburg seine Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl stieg in den letzten drei Jahren von 6092 auf 14678, davon 2188 weibliche. Es waren 57 Straß- und Ausparrungen zu führen, an denen 1989 Mitglieder 112081 Tage beteiligt waren. Die Gesamteinnahme betrug 1020914,04 M., die Ausgaben 950808,87 M. Am 31. Dezember 1907 war ein Vermögen von 206094,48 M. vorhanden. Das Verbandsorgan erscheint in einer Auflage von 17000 Exemplaren. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war die Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Zöpfer und der Glasarbeiter. Als Voraussetzung der Möglichkeit einer solchen Verschmelzung war vom Vorstand eine Vorlage zu einer Finanzreform des Verbandes vorgelegt worden. Der Verband hat als Überbleibsel seiner längst verflorenen Tisch-Dunderfchen Vergangenheit ein ausgebeutetes und kompliziertes Unterstützungswesen. Dieses unterscheidet sich von dem Unterstützungswesen anderer Gewerkschaften namentlich dadurch, daß gegen verhältnismäßig geringe Beiträge verhältnismäßig hohe Unterstützungssätze gezahlt werden. Unter diesen Umständen bleibt von den Mitteln des Verbandes für die eigentlich gemeinschaftlichen Aufgaben nicht so viel übrig, wie in anderen Gewerkschaften. Der Vorstand hat sich schon lange bemüht, das Unterstützungswesen umzugestalten, ist jedoch bei einem Teil der Mitglieder auf Widerstand gestoßen. Die Vorlage des Vorstandes sah eine Erhöhung der Beiträge und eine Herabsetzung der Unterstützungssätze, aber eine Verlängerung der Bezugszeit vor. Nachdem der Vorsitzende Wolfmann die Vorlage begründet hatte, sprachen der Vorsitzende Drunsel vom Zöpferverband und Girbig vom Glasarbeiterverband sich ebenfalls für die Verschmelzung aus. In der Debatte wurde nichts gegen die Verschmelzung eingebracht. Nachdem die Vorlage in einer Kommission ungearbeitet worden war, wurde sie fast einstimmig angenommen. Die Hauptbestimmungen lauten folgendermaßen: Statt der bisherigen sechs Beitragsklassen gibt es nur noch vier mit Beitragsätzen von 15, 30, 45, 60 M. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt 4, 7, 11, 14 M. Die Zuschüsse sind ebenfalls in vier Klassen eingeteilt mit Beiträgen von 10, 20, 30, 40 M. und Unterstützungen von 2,50, 5, 7,50, 10 M. Die Streikunterstützung beträgt 6, 9, 13, 18 M. und 1 M. Zuschlag für jedes Kind. Zur Verschmelzungsfrage wurde folgende Resolution angenommen: „Die Generalversammlung steht der Verschmelzung mit den Verbänden der Zöpfer und Zöpfer durchaus sympathisch gegenüber, sie ist aber überzeugt, daß diese Frage in Mitgliederkreisen noch nicht genügend diskutiert worden ist, um sie für spruchreif zu halten. Der Vorstand wird beauftragt, die Mitglieder für die Frage mehr als bisher zu interessieren und gemeinsam mit den Vorständen des Glasarbeiter- und Zöpferverbandes die Grundlage für eine Verständigung zu suchen.“

**Schulmacher.** Die 12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schulmacher Deutschlands wurde vom 14. bis 20. Juni in Gotha abgehalten. Der Verband feierte bei dieser Gelegenheit zugleich sein 25jähriges Bestehen. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten zwei Jahren von 29548 auf 38158 gehoben. Während dieser Zeit wurden ausgezahlt: an Arbeitslosenunterstützung 79864,46 M., Krankenunterstützung 256519,61 M., Reiseunterstützung 37051,96 M., Umzugsunterstützung 15682,92 M., Wächnerinnenunterstützung 5928 M., Hofallunterstützung 3927,02 M., in Sterbefällen 12471 M., bei Maßregelung 8530,71 M. Die Gesamteinnahmen betrugen 972833,26 M., die Ausgaben 538242,46 M., so daß ein Vermögen von 439640,80 M. verblieb. Es wurde über eine Verschmelzung aller Verbände in der Lederindustrie verhandelt. Der Vorstand sprach sich für eine solche aus. Dagegen sprach für seine Person Richter, der Vorsitzende des Lederarbeiterverbandes; Blume, der Vorsitzende des Sattlerverbandes, sprach für die Verschmelzung, desgleichen Weinschild vom Verband der Portefeuliers, dieser jedoch nur, soweit seine Gewerkschaft und die der Sattler in Betracht kommen. Der Antrag des Vorstandes auf Veranstaltung einer Urabstimmung, die mit einfacher Mehrheit über die Verschmelzung entscheiden soll, wurde angenommen. Über die Frage, ob auch allein mit dem Lederarbeiterverband eine Verschmelzung eingegangen werden soll, soll eine besondere Urabstimmung vorgenommen werden. Der Beitrag wurde in allen Klassen um 5 M. erhöht und beträgt nunmehr 25, 40 und 55 M. Die Unterstützungen für Streik, Arbeitslosigkeit und Reise wurden ebenfalls erhöht.

**Blumen- und Wärrerarbeiter.** Der Verbandstag des Verbandes der Blumen- und Wärrerarbeiter und Arbeiterinnen fand am 8. und 9. Juni in Sebnitz statt. Nach dem Kasernenbericht wurde vom zweiten Quartal 1906 bis zum Ende des ersten Quartals 1908 10810,88 M. eingenommen. An Krankenunterstützung wurden 557,55 M. ausgegeben, für das Verbandsorgan 1027,25 M. Das Vermögen betrug 4295,31 M. Der Verbandstag beschloß sich besonders mit der im Berufe sehr stark vorhandenen Heimarbeit. Beschlossen wurde, bei der Generalkommission zu beantragen, daß kleinere Gewerkschaften, die viel mit Heimarbeit zu tun haben, von ihr finanziell unterstützt würden, besonders soweit es sich um Aufnahme von Statistiken und um die Hausagitation handelt. Auch wurde eine Verschmelzung mit dem Hutarbeiterverband besprochen, von weiteren Schritten jedoch vorläufig abgesehen. Über die Arbeitsverhältnisse soll eine Statistik veranstaltet werden.

## Verteilung von Druckschriften.

In Nr. 43 der Metallarbeiter-Zeitung von 1907 (Seite 846) berichteten wir, daß einer unserer Kollegen in Düsseldorf auf Grund des § 10 vom preussischen Pressegesetz freigesprochen worden ist, weil er in einem einzelnen Falle Flugblätter verbreitet und dafür eine Vergütung erhalten hatte. Wie der in Stettin erscheinende Volksbote vom 15. Juli mitteilt, hat sich dort ein ähnlicher Fall ereignet. Ein dortiger Arbeiter erhielt ein Strafmandat über 15 M., weil er ohne polizeiliche Erlaubnis auf öffentlicher Straße Flugblätter verteilt hatte. Der also Bedachte erhob dagegen Einspruch, indem er geltend machte, er habe nicht gewerbsmäßig gehandelt, da er die Verteilung nur das eine Mal besorgt und sich weder vorher noch nachher damit befaßt habe. Für die Verteilung sei ihm eine Entschädigung von 50 M. gezahlt worden, welche Summe für diesen Zweck in einer Gewerkschaftsversammlung ausdrücklich festgesetzt sei. Der Betrag sollte dem Verteiler als Gehalt für Auslagen dienen. Vor dem Stettiner Schöffengericht fiel diese letzte Angabe so sehr ins Gewicht, daß es die 50 M. nicht als Entgelt für die Arbeitsleistung ansah und daraufhin den Einspruch verwarf. Es nahm an, daß nur eine Umgehung des Gesetzes beabsichtigt worden sei. Auf die Verurteilung des Angeklagten hob die Strafkammer das Urteil auf. In der Begründung wurde ausgeführt, daß die dem Angeklagten schon vorher zugesicherte Entschädigung von 50 M. als angemessenes Entgelt für die höchstens eine halbe Stunde dauernde Arbeit des Verteilers darstelle. Eine unentgeltliche Verbreitung (strafbar nach dem oben erwähnten Paragraphen des Pressegesetzes) läge also nicht vor. Aber auch von einer gewerbsmäßigen Verteilung, die nach § 48 der Gewerbeordnung strafbar wäre, könne keine Rede sein, da der Angeklagte glaubhaft nachgewiesen habe, daß er nur dieses eine Mal Druckschriften verteilt und niemals die Absicht gehabt habe, daraus einen Erwerb zu machen. Aus diesem Grunde sei das Urteil der Strafkammer aufzuheben und der Angeklagte unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse freizusprechen.

## Der Lage der technischen Privatangehörigen.

Die Anfangsgehälter einer Berufslehre sind wichtig und werden zur Beurteilung der allgemeinen Lage, wie auch zur Beurteilung der Konjunktur des Arbeitsmarktes und der Wirkung des sozialen Zusammenhanges von Theorie und Praxis, von Bedeutung sein. Die auf Grund der Erhebung des Bureau für Sozialpolitik im Mai vorigen Jahres ermittelten statistischen Ergebnisse zeigen nun, daß die Anfangsgehälter der technischen Privatangehörigen in Groß-Berlin sehr niedrig sind. Denn ab begannen nach einer mehr oder minder langen Periode 8,40 Prozent mit einem Anfangsgehalt unter 500 M., 9,00-1000 M. Anfangsgehalt bezogen 39,8 Prozent, 1000-1500 M. bezogen 49,74 Prozent, 1500 bis 2000 M. bezogen 18,16 Prozent, 2000-2500 M. bezogen 8,16 Prozent, 2500 M. und mehr bezogen 8,21 Prozent. Je nach Alter und Vorbildung ist das Anfangsgehalt verschieden. Der technische Privatbeamte ohne Hochschulbildung tritt nach dem Ergebnisse der Statistik durchschnittlich mit 23 1/2 Jahren in die bezahlte Praxis ein, bei einem monatlichen Gehalt von 102 M., während der technische Privatangehörige mit Hochschulbildung später — mit 25 1/2 Jahren — das erste Monatsgehalt in Höhe von durchschnittlich 127 M. bezieht. Man sieht also, daß das Anfangsgehalt durchaus unzureichend ist, um dem technischen Privatangehörigen in Groß-Berlin eine seiner Vorbildung entsprechende Lebenshaltung zu ermöglichen.

## Aus den Interniererverbänden.

„Für die Koalitionsfreiheit.“ Es ist den organisierten Internierern sicherlich peinlich gewesen, daß der streng vertrauliche Erlaß des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller vom 8. Juni (siehe Nr. 25 der W.-Ztg., Seite 108) so schnell in die Öffentlichkeit kam und einige Organisationen sehen sich — offenbar, um den bösen Eindruck etwas zu mildern — veranlaßt, ein wenig vom Verband Bayerischer Metallindustrieller abzurufen. So erließ der Gesamtverband des Verbandes Sächsischer Industrieller eine Erklärung, wonach er der vom Verband Bayerischer Metallindustrieller beabsichtigten Verweigerung des Koalitionsrechtes fernsteht. Ebenso hat die Generalversammlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten vor einiger Zeit nach einem Vortrag des Vorsitzenden und jeßmännigen Reichstagsabgeordneten Manz folgende Resolution gefaßt: „Der Verband hält fest an den schon 1890 bei seiner Gründung angefaßten Grundsätzen, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten hochzuhalten. Er bedauert und mißbilligt das bekannnte Vorgehen eines Arbeitgeberverbandes in jüngster Zeit und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß damit das erstrebenswerte Einvernehmen und das Vertrauen zwischen Prinzipalität und Angestellten eine erhebliche Schädigung erfahren habe.“

Es ist klar, daß die Internierern mit Rundgebungen dieser Art nicht weiter beabsichtigen, als die berechnete Entrüstung, die bei einem Teil der Angestellten herrscht, zu dämpfen. Darüber, was davon zu halten ist, kann man sich aber ein Bild machen, wenn man sich ein Rundschreiben ansieht, das derselbe Manz am 22. Dezember 1908 erlassen hat und das in der Sozialen Praxis am 3. Januar 1907 (XVI. Jahrgang, Nr. 14) veröffentlicht wurde. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission (Nr. 29) macht neuerdings wieder darauf aufmerksam. Das Rundschreiben lautet folgendermaßen:

Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten. Bamberg, 22. Dezember 1908. Wichtig!

## An unsere Mitglieder!

Wir finden uns veranlaßt, die Aufmerksamkeit auf einen wichtigen Vorgang zu lenken und zu ersuchen, zu einem Projekte unverzüglich Stellung zu nehmen, dessen Gelingen sich als ein bedeutlicher Übergang geltend machen müßte.

Auf die Initiative der Redaktion der „Schuhmacherei“ (soll wohl „Schuhindustrie“ heißen) in Gotha soll in Heidelberg an den beiden Weihnachtsfeiertagen eine Berufsorganisation der Wertmeister und Modellleure gegründet werden, die wir als einen Ableger der Arbeiterorganisation zu betrachten hätten.

Wenn wir uns auch grundsätzlich nicht in die politische Tätigkeit unserer Arbeiter und Angestellten mischen dürfen und ebenso die Koalitionsfreiheit nicht antasten, so müssen wir es aber als einen Auswuchs sondergleichen ansehen, wenn unsere Wertmeister, welche eine hervorragende Vertrauensstellung in den Betrieben bekleiden, unter die Botmäßigkeit gewisser Agitatoren gebracht würden. Der Wertmeister hat als Organ der Fabrikleitung die Verfügungen derselben strikte zur Ausführung zu bringen und darf niemals unter dem Einfluß einseitiger Arbeiterinteressen stehen, wenn nicht die Prosperität des Unternehmens und die absolut notwendige Disziplin in dem Betriebe untergraben werden soll.

Aus diesem Grunde warne ich in letzter Stunde unsere Mitglieder, damit der Einfluß derselben gegen eine solche völlig unbedeutliche Organisation, welche den Stempel der Feindseligkeit gegen die Fabrikanten und das Unternehmertum an der Stirn trägt, geltend gemacht werden kann.

Gegen eine Berufsorganisation der Wertmeister an sich haben wir Fabrikanten selbstverständlich nichts einzuwenden. Aber die Einberufer zeigen uns deutlich den Weg, wohin die Reise gehen soll.

## Hochachtung!

Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten. gez. Manz, Vorsitzender.

Der Einberufer des Rundschreibens bemerkte damals mit Recht dazu:

„Das Schriftstück ist charakteristisch in seiner köstlichen Widersprüchlichkeit. Gegen eine Berufsorganisation der Wertmeister, an sich ist nichts einzuwenden; sie muß nur hübsch im Dienste der Arbeitgeber bleiben und nicht die Lage der Wertmeister zu bessern trachten. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter läßt man nicht an, aber eine Organisation der Betriebsbeamten ist völlig unbedeutlich. Die Wertmeister müssen sich aber als völlig abhängig vom Unternehmer fühlen und sich unbedingt gegen die Arbeiter gebrauchen lassen...“ — Herr Manz hätte besser getan, wenn er seinen „Vortrag“ für sich behalten hätte.

**Schlössermeister.** Der Süddeutsche Schlossermeister-Verband, der Baden, Bayern und Württemberg umfaßt, beschloß auf seinem, im Juli zu Stuttgart abgehaltenen Verbandstag nach einem Referat des Dr. Grabenstedt, die Gründung eines sogenannten Arbeitgeber-Verbandes und beauftragte eine Kommission mit der Ausarbeitung von Satzungen.

## Vom Ausland.

### Österreich.

Im Wiener Schmiedegewerbe sollten die Arbeitsbedingungen neu geregelt werden. Ein von den Arbeitern und Internierern bestelltes Unterhandlungskomitee trat in Funktion, das vor etwa vier Monaten denn auch eine Einigung zustande brachte. Die Meisterversammlung, die zur Beschlußfassung über die Ergebnisse der Unterhandlung einberufen wurde, lehnte aber die Einigung ab. Diese Ablehnung war nicht weiter verwunderlich, denn in solchen Meisterversammlungen pflegen gewöhnlich jene Meister das große Wort zu führen, die als Lehrlingszüchter keine Gehilfen beschäftigen und so auch kein Interesse daran haben, daß mit diesen Frieden geschlossen werde. Pflicht der Genossenschaftsvorstehung der Schmiede wäre es gewesen, ihrerseits alles vorzulehren, damit der Friede erhalten bliebe. Die Genossenschaftsvorstehung erwieis sich aber als vollständig unfähig, die Schwierigkeiten zu beseitigen.

Am 1. Juli traten die Wiener Schmiede in Streik. Da angesichts der zerfahrenen Zustände im Lager der Unternehmer an die Durchsetzung eines Kollektivvertrages vorläufig nicht zu denken war, mußte das Streitkomitee an die einzelnen Unternehmer herantreten,

